



Rang im Indischen Ozean und seinen Anzeigen." Von — Bundesfreundlichkeit der anderen beiden Staaten ist also — was allerdings wohl jeder Unbeteiligte erwartet hat — herzlich wenig zu spüren!

Pharisäer.

n. London, 13. Oktober.

Die Annexion Bosniens und der Herzegovina liegt jetzt weit genug hinter uns, daß der Versuch gemacht werden kann, ihr geschichtlich einigermaßen gerecht zu werden. Es ist begreiflich, daß dies zuerst in der Donaumonarchie geschah und ein Verursacher als Dr. Heinrich Friedjung, der jüngst eine Untersuchung über diese Zeit veröffentlichte, hätte den Reigen der Chronisten kaum eröffnen können. Daß Friedjung, ein glühender Patriot, zu dem Resultate kommt, Lehrensthalts Politik sei zu billigen, ist schließlich nicht wunderbar — wenn sich auch darüber streiten läßt, ob dies den Tatsachen entspricht. Weitens verständiger und berechtigter aber sind gewisse Vorwürfe, die er gegen die Politik Rußlands und Englands erhebt. Die letzteren haben nun hier ungeheuer verstimmt und u. a. der „Morning Post“ zu einem Leitartikel Veranlassung gegeben, der in mehr als einer Hinsicht bezeichnend ist, aber nicht unwidersprochen bleiben darf. Das Blatt resümiert Friedjung's Ansichten dahin, daß er meine, der Zweck eines ministeriellen Daseins sei eine Vergrößerung des betreffenden Staates und dieser Zweck heilige die Mittel. „Die englische Doktrin“, fügt es hinzu, „erkennt den zweiten Halbtag nicht an, ebenso wenig wie die in dem ersten Halbtag ausgesprochene Theorie... Was Kritiker der Friedjung'schen Schule nicht sehen können, sei die Tatsache, daß ein kritischer Minister in solchen Dingen (es ist von Grey's Rede über die Verletzung des Berliner Vertrages die Rede) nichts für Großbritannien zu erreichen suche und daß es sein einziger Wunsch sein kann, für Aufrechterhaltung des Prinzips zu sorgen, daß Verträge gehalten werden müssen. Die Lehre gewisser kontinentaler Schulen ist, daß, wenn der Erfüllung des Wunsches einer Großmacht irgendwelche Vertragsbestimmungen entgegenstehen, diese ignoriert und verletzt werden können. In anderen Worten: in der Diplomatie scheidet die Rechtsfrage völlig aus... Diese Ansicht wird in anderen Ländern allgemein verfochten.“ In die ziemlich ausgedehnten Erörterungen, von denen ich nur die Hauptzüge zitieren konnte, schließt das Blatt den Wunsch, die Diplomaten des Inselreiches möchten ihre Tradition, daß auch der Staatsmann wie ein Gentleman handeln müsse, zwar hochhalten, aber nie vergessen, daß auf dem Kontinent die Diplomatie als ein Spiel betrachtet werde, in dem die Mittel nur von dem beabsichtigten Zweck diktiert werden. — Es ist ein hübsches Stück von echt englischem „cant“, das in diesen Erörterungen zutage tritt, denn gerade Großbritannien hat doch wahrlich kein Recht, auf seine Vertragstreue und gentlemanlike auswärtige Politik stolz zu sein: Das Land, das Kopenhagen im tiefsten Frieden bombardieren ließ, das über den Jameson-Raid seine schübenden Hände breitete, das Ägypten wider alles Recht leiert hält, dessen indische Politik alles andere, nur nicht „fair“ ist, darf keinerlei Anspruch erheben, als Sittenwächter des diplomatischen Treibens ernst genommen zu werden!

Deutsches Reich.

Die linksliberale Einigung kommt; so behauptet Professor Franz v. Litz im „Saam. Anz.“ Er bemerkt u. a.: „Es kommt immer anders, als man denkt. Zumeist freilich schlechter, als man gehofft hat; manchmal aber auch besser, als man zu hoffen wagte. Für die linksliberalen Einigungsbestrebungen scheint das letztere zutreffen zu wollen. Die Monate August und September hatten die Hoffnungen der Einigungsfreunde bis nahe auf den Null-

punkt herabgedrückt. In der freisinnigen Presse nichts als Bedenken und Einwendungen, in den Blättern der gegnerischen Parteien nichts als Hohn und Spott. Man konnte wirklich manchmal glauben, der entschiedene Liberalismus sei auf absehbare Zeit zur politischen Bedeutungslosigkeit bestimmt. Und als dann die Müller-Meiningschen Thesen vorzeitig das Licht der Öffentlichkeit erblickten, da hat wohl mehr als einer von uns die letzte Hoffnung fahren lassen und gemeint, die Münchener Sitzung des Bieder-Kausschusses werde eine Verlagerung bringen, die einer Ablehnung der Einigung und damit einer verhängnisvollen Schwächung des liberalen Gedankens gleichkommen wäre. Es ist aber doch ganz anders geworden, als die einen gehofft und die anderen gefürchtet hatten. Der Bieder-Kausschuss hat nicht nur die Einigung im Prinzip beschlossen, sondern, was mehr bedeutet, er hat sich sofort an die Arbeit gemacht, um durch eine sorgfältige Prüfung der programmatischen, organisatorischen und tatsächlichen Streitfragen die sichere Grundlage für eine Verschmelzung zu schaffen, die die Gewähr des dauernden Bestandes in sich selbst trägt. Damit können auch die wärmsten Freunde der Einigung sich zufriedengeben.“ — Besonders lobt Herr v. Litz die „Deutsche Volkspartei“, die als erste der drei Parteien gesprochen, und meint, ihr Beschluß werde „sicher in die Bahnhalle fallen“. Jetzt sollten die beiden anderen Parteien auch sprechen und besonders den Bieder-Kausschuss in seiner schwierigen Arbeit nicht stören.

Die Reise des Zaren durch Deutschland. Der Zar trifft auf der Reise von Odessa nach Italien, über Odesa und Alexandrowo kommend, am 21. d. in München ein, wo vernünftlich nur ein kurzer Aufenthalt und keine offizielle Begrüßung stattfindet. Von München geht die Reise über den Brenner nach Rom weiter. Die Stunde der Ankunft in München steht noch nicht fest.

Deutsche Bureaufraße. Vor etwa drei Wochen warteten etwa 150 Familien, die nach Queensland in Australien auswandern wollten, auf die Beförderung an ihren Bestimmungsort. Der Agent der Regierung der genannten Kolonie hatte mit dem Norddeutschen Lloyd ein Abkommen getroffen, wonach diese Auswanderer in einer verbesserten dritten Klasse die Reise machen sollten, aber die deutsche Regierung weigerte sich, die Erlaubnis zur Einschiffung zu geben, so daß schließlich 150 Familien nach England gingen, wo sie auf einer englischen Linie die Reise antraten, so daß der Lloyd das Nachsehen hatte. Für ihre ablehnende Haltung konnte sich die Regierung auf eine gesetzliche Bestimmung berufen, wonach deutsche Auswanderer, deren Passage ganz oder teilweise von fremden Regierungen bezahlt wird, weder von deutschen Agenten gebucht, noch von deutschen Linien befördert werden dürfen. Dies Gesetz sollte die Nachschästen südamerikanischer Arbeiter erschweren, die deutsche Auswanderer zu einem Loos zu verlocken suchen, das sich von der Sklaverei nur durch den Namen unterscheidet. Die Reiterung von Queensland soll jedoch, wie der „Wesf. Zig.“ geschrieben wird, ganz entgegengekehrte Tendenzen verfolgen. Ihr liegt daran, eine Einwanderung großer Massstabes und nur germanischer Rasse zu organisieren, um die Kauf- und Wehrkraft der Kolonie zu heben. In welcher Weise die Regierung diesen Einwanderern entgegenkommt, mag schon daraus hervorgehen, daß der Angekommene wochenlang kostenlos im Regierungseinwandererhaus in Brisbane bleiben darf, bis er eine ihm zuzugewandene Stelle gefunden hat; in demselben Hause werden die Frauen und Kinder der Auswanderer so lange kostenlos verpflegt, bis der Mann, der auf den Eisenbahnen freie Fahrt hat, sich umgesehen und den Platz seiner Niederlassung gewählt hat. Hat er sich angesiedelt, so erhält er den größten Teil des von ihm bezahlten Passagegeldes zurück, die Regierung gibt ihm Vorschüsse zur Anschaffung von Vieh und Geräten, und erst nach fünf Jahren beginnt die in 20 jährlichen Termijnen zu leistende Abzahlung des gekauften Grund und Bodens. So können die queensländischen Verhältnisse mit den südamerikanischen nicht verglichen werden, und das Gesetz läßt ausdrücklich Ausnahmen zu. Daß sie hier nicht gemacht worden sind, hat die Interessen der Auswanderer,

Haushaltung leistet es vorzügliche Dienste. Alles, was der Naturlichkeit nahe bleibt, hat längeren Bestand, und darum kann man auch Schlangenbad eine große Dauer verhessen, weil es in allen Stücken doch des Menschlichen Besondere ist, am Busen der Natur sich aufzulösen, wenn das Leben mit seiner Hast und Unruhe für die Gesundheit Verderben bringt. Nicht von der Mode, nicht von der Laune des Publikums hängt das Gedeihen Schlangenbads ab, sondern davon, daß sein Baderleben still und sanft Hand in Hand gebe mit der Tugend seiner Quellen. Es fehlt demselben doch auch andererseits nichts, um auch in der heutigen Zeit dem ihm von jeher eigenständlichen Charakter eines feinen Baderortes zu erhalten, denn in vornehmer Ruhe und idyllischer Stille, man möchte sagen Feiertagsruhe, nebst dem Gebrauch der Quellen und der fröhlichen balsamischen Waldluft vorzüglich auf die erkrankten Nerven wirken. Durch die Bahnverbindung mit dem Rhein ist fernerhin nun auch durch das moderne Verkehrsmittel mit der Welt verbunden und seine fernere Entwicklung um so mehr garantiert.

Aus Kunst und Leben.

Auf der Suche nach einem indischen Königsstuhle. Mit Hilfe einer Anzahl reicher britischer Edelleute und Kapitalisten wird jetzt mit Genehmigung der indischen Regierung eine große Expedition ausgerüstet, die die so oft begonnene und stets tragisch gescheiterte Suche nach dem kronische Schabiamat Jung's, des Begums von Kurshabad, wieder aufnehmen wird. Der Schab, der in den halbverfallenen Ruinen der einstigen Hauptstadt Bengalen's verbergen liegen soll, wird auf einen Wert von rund 200 Millionen Mark geschätzt. Kostbare Juwelen, alte Schmuckgegenstände, seltene Holz- und Eisenbelegte hat der Fürst damals beiseite gelassen, ehe die vordringenden britischen Eroberer auf all die herrlichen Belegte legen konnten. Noch heute geht bei den indischen Eingeborenen das Gerücht, daß die Kostbarkeiten in den Mauern der längst verlassenen alten Moschee von Mohi Jheel, des „Perleensees“, verborgen sein sollen. Schon mehrfach haben lähne Abenteurer den Versuch unternommen, die Reichthümer zu retten, aber fast immer sind die Unter-

nehmungen fehlergeschlagen, unerklärliche geheimnisvolle Todesfälle und seltsame Phänomene überfielen die Goldsucher und trugen nicht wenig dazu bei, die mythische Scheu der Eingeborenen vor der Ruinenstätte der einst so prunkreichen bengalischen Hauptstadt zu vertiefen und zu verhärteten.

So einst reiche Paläste sich erhoben und eine blühende Handelsstadt sich vier Meilen weit am Flußufer hinzog, ragen heute nur noch dürre Steinhaufen aus Gebüsch und Dornenwerk hervor. Der Dschungel hat seine Arme ausgestreckt und die alte Hauptstadt völlig umschlungen. Nur die geheimnisvolle Moschee steht noch auf, die das Mauerwerk von den Jahrhunderten gebildet; Scharen von Affen, die von den Eingeborenen als heilig betrachtet werden, sind auf den Mauern genau wie damals, wo von dieser Moschee aus die Gebete der Gläubigen zu Allah emporgesandt wurden. An das turmartige Moscheengebäude ist ein außerordentlich fester Bau angegliedert, der etwa 20 Meter lang und 7 Meter breit ist, bei einer Höhe von etwa 4 Meter. Mächtig sind diese Mauern aufgeführt und haben den Zeiten getrotzt; in diesem großen steinernen „Kassenshrant“ sollen die Schätze des Begums verborgen liegen.

Zu Anfang des 19. Jahrhunderts unternahm es Sir Henry Dalton aus Warwickshire zusammen mit 10 Landsleuten, die Rettung des sagenhaften Schatzes zu versuchen; was mit der Expedition geschah, ist noch bis heute nicht völlig aufgeklärt; nach der ersten Nacht fand man alle tot und größtenteils verwest vor der Moschee liegen. Späterer Schatzbesucher lehrten irrsinnig zurück, andere starben an einer schrecklichen Krankheit, die sie plötzlich an der Stätte der alten Stadt befallen hatte und die kein Arzt zu erklären wußte. Der letzte Versuch, so wird im „American Magazine“ berichtet, wurde vor etwa 10 Jahren unternommen; die Nachkommen des Begums selbst hatten eine Schaar indischer Arbeiter ausgerüstet, die sich ans Werk machten, die mächtige Mauer des geheimnisvollen Hauses zu erbauen. Sie arbeiteten einen Tag lang; plötzlich aber überfiel alle ein rätselhaftes Unwohlsein und sie starben auf der Stelle. Seitdem hat niemand mehr die Verderben bringende Stätte zu betreten gewagt.

Der Zentralverband deutscher Industrieller. Die Vertreter der im Zentralverbande deutscher Industrieller vereinigten Kartelle und Syndikate vereinigen sich am 16. Okt. zu einer Sitzung in Berlin. Auf der Tagesordnung steht u. a. ein Vortrag von Dr. Kallert über: „Aberblick über die jüngste rechtliche und tatsächliche Entwicklung“, ferner ein Vortrag von Dr. Fehrschlag-Diffendorf über „Kartellwesen und Verbands in der Textilindustrie“.

Die Einbringung des Fischereigesetzes. Das Landesökonomikollegium hatte beauftragt die Staatsregierung das Ersuchen gerichtet, das Fischereigesetz gleichzeitig mit dem Wassergesetz dem Landtage vorzulegen. Wie wir an unterrichteter Stelle erfahren, hat sich jedoch bei der Regelung der gesetzgeberischen Materie beider Gesetze herausgestellt, daß eine gleichzeitige Einbringung der Entwürfe nicht thunlich ist. Man wird daher dem Ersuchen um gleichzeitige Einbringung beider Gesetze nicht Folge geben können, sondern es ist notwendig geworden, das Fischereigesetz erst nach Erledigung des Wassergesetzes zur Beratung im Parlament vorzulegen. Da, wie wir kürzlich meldeten, das Wassergesetz frühestens in der letzten Zeit der Landtagssitzung eingebracht werden wird, so geht hieraus hervor, daß das Fischereigesetz in der nächsten Session das preussische Parlament noch nicht wird beschäftigen können. An und für sich steht einer Fertigstellung des Fischereigesetzes in dem auch das Privatrecht der Fischereiberechtigungen geregelt wird, zur nächsten Tagung nichts entgegen.

Eine fatale Überraschung haben die Leiter der sozialdemokratischen Gewerkschaften den radikalen Genossen wiederum bereitet. Bekanntlich ist der frühere Reichstagsabgeordnete Calver aus der sozialdemokratischen Partei ausgetreten mit der Begründung, daß das Recht der freien Kritik nach den Ergebnissen des letzten Parteitages innerhalb der Partei in unzulässiger Weise beschränkt sei. Zwischen ihm und dem Parteivorstande sind deshalb auch alle Beziehungen sofort abgebrochen worden. Nicht so zwischen ihm und der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. Calver schreibt, wie die „Freif. Zig.“ feststellt, nicht nur nach wie vor für Gewerkschaftsblätter, sondern er leitet auch die wirtschaftliche Wochenübersicht, die in dem offiziellen Organ der Generalkommission, dem „Korrespondenzblatt“, erscheint. Das bedeutet eine Nichtachtung der Partei und läßt deutlich erkennen, wie weit die Gewerkschaften schon von dem offiziellen Parteizentrum entfernt sind.

Der Deutsche Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke erläßt eine Einladung zu einer Konferenz für Trinkersüßsüßgestellte, die am 26. Oktober im Landeshause der Provinz Brandenburg stattfinden soll. Als ein hervorragendes Mittel, der Alkoholenot ein-dämmend und vorbeugend entgegenzutreten, insbesondere soweit sie die Jugend und das Familienleben schädigt, hat

nehmungen fehlergeschlagen, unerklärliche geheimnisvolle Todesfälle und seltsame Phänomene überfielen die Goldsucher und trugen nicht wenig dazu bei, die mythische Scheu der Eingeborenen vor der Ruinenstätte der einst so prunkreichen bengalischen Hauptstadt zu vertiefen und zu ver-

So einst reiche Paläste sich erhoben und eine blühende Handelsstadt sich vier Meilen weit am Flußufer hinzog, ragen heute nur noch dürre Steinhaufen aus Gebüsch und Dornenwerk hervor. Der Dschungel hat seine Arme ausgestreckt und die alte Hauptstadt völlig umschlungen. Nur die geheimnisvolle Moschee steht noch auf, die das Mauerwerk von den Jahrhunderten gebildet; Scharen von Affen, die von den Eingeborenen als heilig betrachtet werden, sind auf den Mauern genau wie damals, wo von dieser Moschee aus die Gebete der Gläubigen zu Allah emporgesandt wurden. An das turmartige Moscheengebäude ist ein außerordentlich fester Bau angegliedert, der etwa 20 Meter lang und 7 Meter breit ist, bei einer Höhe von etwa 4 Meter. Mächtig sind diese Mauern aufgeführt und haben den Zeiten getrotzt; in diesem großen steinernen „Kassenshrant“ sollen die Schätze des Begums verborgen liegen.

Zu Anfang des 19. Jahrhunderts unternahm es Sir Henry Dalton aus Warwickshire zusammen mit 10 Landsleuten, die Rettung des sagenhaften Schatzes zu versuchen; was mit der Expedition geschah, ist noch bis heute nicht völlig aufgeklärt; nach der ersten Nacht fand man alle tot und größtenteils verwest vor der Moschee liegen. Späterer Schatzbesucher lehrten irrsinnig zurück, andere starben an einer schrecklichen Krankheit, die sie plötzlich an der Stätte der alten Stadt befallen hatte und die kein Arzt zu erklären wußte. Der letzte Versuch, so wird im „American Magazine“ berichtet, wurde vor etwa 10 Jahren unternommen; die Nachkommen des Begums selbst hatten eine Schaar indischer Arbeiter ausgerüstet, die sich ans Werk machten, die mächtige Mauer des geheimnisvollen Hauses zu erbauen. Sie arbeiteten einen Tag lang; plötzlich aber überfiel alle ein rätselhaftes Unwohlsein und sie starben auf der Stelle. Seitdem hat niemand mehr die Verderben bringende Stätte zu betreten gewagt.

Den englischen Kapitalisten ist es jetzt gelungen, die

sich die Trinker und ihren An-greifende Hilfe-Einweisung in-Schaffung von 3-Jahren wetteife-an einzelnen Or-an diesem Soz-rung immer er-organisieren. P-sie sich trefflich-der kurzen Pr-und Fürsorge-Konferenz so-

neues für die-schen Frauen h-ndem er am 2-schaftlichen Ver-abgeordneter 9-folgendes mit;-die berufstätig-10 Uhr gehalten-matische Einflü-boten. Dieser-nden Beginn ei-Frauen-Bunde-werden, und ne-kurze in den 5-Staatswissenschaft-Abchnitt in d-bedeutet.

Die Einbringung des Fischereigesetzes. Das Landes-ökonomikollegium hatte beauftragt die Staatsregierung das Ersuchen gerichtet, das Fischereigesetz gleichzeitig mit dem Wassergesetz dem Landtage vorzulegen. Wie wir an unterrichteter Stelle erfahren, hat sich jedoch bei der Regelung der gesetzgeberischen Materie beider Gesetze herausgestellt, daß eine gleichzeitige Einbringung der Entwürfe nicht thunlich ist. Man wird daher dem Ersuchen um gleichzeitige Einbringung beider Gesetze nicht Folge geben können, sondern es ist notwendig geworden, das Fischereigesetz erst nach Erledigung des Wassergesetzes zur Beratung im Parlament vorzulegen. Da, wie wir kürzlich meldeten, das Wassergesetz frühestens in der letzten Zeit der Landtagssitzung eingebracht werden wird, so geht hieraus hervor, daß das Fischereigesetz in der nächsten Session das preussische Parlament noch nicht wird beschäftigen können. An und für sich steht einer Fertigstellung des Fischereigesetzes in dem auch das Privatrecht der Fischereiberechtigungen geregelt wird, zur nächsten Tagung nichts entgegen.

Eine fatale Überraschung haben die Leiter der sozialdemokratischen Gewerkschaften den radikalen Genossen wiederum bereitet. Bekanntlich ist der frühere Reichstagsabgeordnete Calver aus der sozialdemokratischen Partei ausgetreten mit der Begründung, daß das Recht der freien Kritik nach den Ergebnissen des letzten Parteitages innerhalb der Partei in unzulässiger Weise beschränkt sei. Zwischen ihm und dem Parteivorstande sind deshalb auch alle Beziehungen sofort abgebrochen worden. Nicht so zwischen ihm und der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. Calver schreibt, wie die „Freif. Zig.“ feststellt, nicht nur nach wie vor für Gewerkschaftsblätter, sondern er leitet auch die wirtschaftliche Wochenübersicht, die in dem offiziellen Organ der Generalkommission, dem „Korrespondenzblatt“, erscheint. Das bedeutet eine Nichtachtung der Partei und läßt deutlich erkennen, wie weit die Gewerkschaften schon von dem offiziellen Parteizentrum entfernt sind.

Der Deutsche Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke erläßt eine Einladung zu einer Konferenz für Trinkersüßsüßgestellte, die am 26. Oktober im Landeshause der Provinz Brandenburg stattfinden soll. Als ein hervorragendes Mittel, der Alkoholenot ein-dämmend und vorbeugend entgegenzutreten, insbesondere soweit sie die Jugend und das Familienleben schädigt, hat

nehmungen fehlergeschlagen, unerklärliche geheimnisvolle Todesfälle und seltsame Phänomene überfielen die Goldsucher und trugen nicht wenig dazu bei, die mythische Scheu der Eingeborenen vor der Ruinenstätte der einst so prunkreichen bengalischen Hauptstadt zu vertiefen und zu ver-



bis in alle Einzelheiten durchsicht und zu Papier gebracht wurde, ehe die Arbeiter und Monteur an den Bau der Anlage gingen. Nicht weniger als 1400 Glühlampen waren für diese Lichteffekte verwendet worden und etwa 20 Kilometer Stromleitung wurden notwendig, um die Ausstellung allabendlich in das Meer von Licht zu tauchen, mit dem sie in die Finsternis der Laubnacht strahlte. Neben der Fassadenbeleuchtung waren etwa 150 Vogen-, und zwar Becklampen — sie haben sich vorzüglich bewährt und niemals Anlaß zu irgendwelchen Klagen gegeben — im Ausstellungsgelände aufgestellt und dazu gefleht sich in verschiedenen Neuheiten noch die Gasbeleuchtung. Ebenso umfangreich als der Lichtbedarf war der Kraftbedarf der Ausstellung. Gasmotoren und Elektromotoren wurden in nicht geringer Zahl betrieben und außerdem wurde späterhin noch das städtische Gaswerk zur Füllung der Ballons stark in Anspruch genommen.

Einen großen Teil des Strombedarfs lieferte das städtische Elektrizitätswerk, und zwar 500 Kilowatt, die hauptsächlich für die Fassadenbeleuchtung, einige Vogenlampen im Vergnügungspark und zum Betrieb der Motoren in der Maschinenhalle verwendet wurden. In der Ausstellung selber waren zwei Lokomobile (Wolff-Magdeburg-Budau) und ein Gasmotor (Oberursel) von je 70 PS. in Betrieb, die durch Riemenübertragung mit Dynamomaschinen gekuppelt waren, welche hauptsächlich den Strom für die Konzertplatzbeleuchtung und die Leuchtfontäne lieferten. Die Wassermassen des Springbrunnens wurden durch eine eigene Maschinenanlage in Bewegung gehalten. Eine Hochdruckpumpe von 160 Kubikmeter Stundenleistung und 30 PS. Kraftverbrauch setzte den Springbrunnen in Tätigkeit, während die Kasernen durch eine Niederdruckpumpe von 250 Kubikmeter Stundenleistung bei 20 PS. Kraftverbrauch betrieben wurden. Die Beleuchtung des Springbrunnens besorgten Scheinwerfer von je 50 Ampère, die zu vier hintereinander geschaltet waren. Diese Beleuchtungsanlage war so eingerichtet, daß der Strom durch eine Umschaltvorrichtung für die Beleuchtung des Konzertplatzes verwendet werden konnte, wenn die Leuchtfontäne nicht im Betrieb war. Man wird sich wohl erinnern, daß der Konzertplatz stets unbeflehtet war, wenn die Leuchtfontäne ihre flammendurchglühten Wassermassen in die Höhe schleuderte, was die Wirkung nur noch erhöhte.

Diese sehr schwierige Beleuchtungsanlage der Ausstellung hat Ingenieur Rambke in geradezu musterhaftiger und großzügiger Weise und so vortrefflich gelöst, daß in der fünfmonatigen Ausstellungsdauer nicht eine einzige Störung eintrat. Diese Leistung ist um so höher einzuschätzen, als Kraft- und Lichtstrom nicht von einer Zentrale geliefert wurden. So wurde neben endlosen und zeitraubenden Verhandlungen mit verschiedenen Körperschaften ein sehr kompliziertes und verzweigtes Anlagenetz notwendig, dessen übersichtliche Gestaltung manch Hindernis in sich schloß. Reibender war die Wasserversorgung der Ausstellung, die nicht nur dem täglichen Bedarf genügen, sondern auch für den Fall der Feuergefahr ausreichen mußte und darum ein Rohr- und Hydrauliknetz von großer Ausdehnung forderte, eine nicht geringe technische Aufgabe, die gleichfalls in vorbildlicher Weise von Herrn Rambke gelöst wurde. Außer diesen rein technischen Angelegenheiten hatte sich Herr Rambke auch mit der Frage der Verteilung in den Ausstellungshallen (vornehmlich natürlich in der Maschinenhalle) zu befassen, wobei zahlreiche Erwägungen finanzieller Natur mitzuspielden, weil es notwendig war, im Interesse des Geschäftsabflusses der Ausstellung jedes Bodenflächchen auszunutzen. Auch dieser Aufgabe ist Herr Rambke in einer Weise gerecht geworden, die ihm den Beifall seiner Auftraggeber wie der Aussteller eingetragen hat. Sein Wirken im Interesse der Ausstellung war ganz darnach angetan, das Unternehmen sehr zu fördern, und soweit die Fragen seines Ressorts einen Einfluß hatten, den Verlauf der Ausstellung nach jeder Richtung hin günstig zu beeinflussen. In einer so allgemein gehaltenen Charakteristik der Wirksamkeit eines technischen Beamten läßt sich keine in das einzelne gehende Darstellung der Arbeit geben, diese könnte logischerweise nur in einem technischen Blatt erfolgen, aber jedenfalls kann gesagt werden, daß die Wiesbadener Ausstellung in Herrn Rambke einen technischen Betriebsleiter hatte, wie sie schwerlich einen besseren hätte finden können.

Im Verlauf der Ausstellung erwies es sich als notwendig, für die Vergnügungsabteilung und die damit zusammenhängende Besuchs- und Reklamepropaganda einen eigenen Beamten anzustellen. Der Vergnügungsausschuß konnte sich solchen Aufgaben aus naheliegenden Gründen nicht unterziehen, und die Verwaltungsbeamten waren mit Arbeiten derart überlastet, daß sie die zeitraubende und mühsame Tätigkeit dieses Ressorts nicht mehr übernehmen konnten. So gewann man für diesen Posten den in Wiesbaden nicht unbekanntem Leutnant a. D. Heyl, der sich als geeignete Kraft für die „Jugendbantur“ der Ausstellung erwies. Wenn von Wille zum in das Vergnügungs- und Festprogramm ein lebhafteres Tempo und mehr Abwechslung kam, ist dies allein Herrn Heyl zu verdanken, der mit reichen praktischen Erfahrungen und guten Beziehungen die notwendigen diplomatische Begabung zeigte, widerstreitende Kräfte zu gemeinsamer Arbeit zu vereinen und Verbindungen anzuknüpfen, die der Ausstellung und ihrem Besuch von Vorteilen waren. Im Verkehr mit den Behörden erreichte Herr Heyl zugunsten der Ausstellung mancherlei Annehmlichkeiten, und wünschte u. a. auch die Eisenbahnverwaltung zur Einstellung besonderer Ausstellungszüge zu veranlassen. Phantasie, gute Ideen, eine Freude an schönen, volksbeliebten Bildern und die Fähigkeit, ein nach Tausenden zählendes Publikum gut zu unterhalten, machten ihn zu dem geeigneten Ressortleiter beratiger Unternehmungen.

Auch das andere Verwaltungspersonal, das weniger hervortrat und meist die Bureauarbeiten versah, hat sich im Laufe der Ausstellung trefflich bewährt und mit Lust und Liebe seine recht anstrengende Arbeit verrichtet. Damen wie Herren haben gleichermäßen einen nicht geringen Anteil an dem Gelingen der Ausstellung fürderlichen Fortgang der Geschäfte, und sie haben sehr wohl eine Anerkennung von der Handwerkskammer verdient. Hoffentlich wird diese sich dazu in irgend einer Weise bereit finden, auch wenn das endgültige Ergebnis nicht so günstig sein sollte, als erwartet wurde. Direktor Lege, der mit glücklicher Hand die Ausstellung vorbereitet und geleitet hat und dem an der Hauptfahne der großzügige, ästhetische Charakter des

ganzen Unternehmens zu danken ist, wurde durch ein Ehren-diplom und die goldene Medaille ausgezeichnet, während die Herren Rambke und Küttlinger die goldene Medaille der Handwerkskammer erhielten. Diese Anerkennungen sind wohlverdient, und die Handwerkskammer wird außerdem kaum unterlassen, in der allgemeinen Chronik — auf deren Erscheinen mit Sicherheit überall gerechnet wird — den Herren ein literarisches Denkmal zu setzen für ihre Verdienste um die Ausstellung und damit um das heimische Handwerk und Gewerbe. — Über Herrn Direktor Schall, dem wir die schöne Kunstausstellung zu danken haben, wird bei einer anderen Gelegenheit gesprochen werden. L. A.

Die Rekruten rücken ein.

Wenn wir zur Zeit der Manöver durch ein Dorf gehen, so hört man allenthalben fröhliche Soldatensieder singen, und sogar unsere Kleinen stimmen mit Begeisterung das Verschen an:

„Bist ihr, was ich werden will?  
Nun, ich will's euch sagen:  
Ein Soldat mit blauem Rock  
Und mit rotem Kragen.“

Und bei der Musterung ist der Musterungsbüchse besonders stolz, wenn er zur Infanterie 1 oder einer anderen Truppe ausgehoben wird, verächtlich blickt er auf die Landstürmer, auch „Staatskrüppel“ genannt, und begeistert stimmt er das Lied an:

„Es gibt fürwahr kein schön'res Leben  
Als der edle Soldatenstand.  
Es ist mit lauter Lust umgeben,  
Zu streiten für sein Vaterland.“

Kommt aber dann im Oktober der Tag zum Einrücken in die Garnison, so tritt der Ernst des Lebens an die neuen Marsjünger heran. Das Abschiedsweh und die Bangigkeit, wie sich die nächste Zukunft gestalten wird, treten an Stelle der früheren Fröhlichkeit. Die Kameraden des Dorfes geben den Rekruten nach einer Abschiedsfeier das letzte Geleit bis zum Dorf hinaus oder an die nächste Bahnhafion, und wehmütige Schiedslieder tönen zurück nach dem friedlichen Dörfchen im Wiesengrund und grüßen die zurückgelassenen Lieben. Am Bahnhof sagen auch die Kameraden Lebewohl, und nun besetzt der Rekrut den Zug. Am Bahnhof der Garnison angekommen, trifft er weitere neue „Leidensgefährten“. In Trupps zu 20 bis 30 Mann werden die angehenden Vaterlandsverteidiger von Gefreiten und Unteroffizieren geführt. In der Hand trägt jeder die Reisetasche oder das Röscherchen, das die sorgsame Mutter beim Abschied gepackt. Welch anderen Eindruck machten doch die ausgelassenen Scharen der Reservisten, die vor etwa 14 Tagen sich am Bahnhof versammelten. Mit Gesang und Eberz strebten sie den heimatischen Gefilden zu, und durch alle Straßen scholl es:

„Lebt wohl, Kameraden, Kaserne, auch du!  
Parole heißt Heimat, Reserve hat Ruh!“

Dem neuen Marsjünger aber sinkt heute das Herz mit jedem Schritt, der ihn der Kaserne näher bringt, etwas tiefer. Bald rücken sie in den Kasernenhof ein, spöttisch und schadenfroh lächelt der Posten den Ankömmlingen zu. Und wirklich, dort auf dem Kasernenhof steht der gestrenge Herr Feldwebel. Mit Rennerblick mustert er seine Leute, aber er scheint doch besser zu sein als sein Ruf, denn mit freundlichen Worten sucht er die Leute auszumuntern. Name und Stand werden notiert, wobei es nicht selten einen Scherz gibt. Dann wird zum Einrücken Befehl gegeben. Auf der Kammer hatte der Sergeant, auch „Lumpentönig“ genannt, bereits mit Sorgen der Ankömmlinge gewartet. Ein mühevoller Treiben beginnt, jeder junge Dickschädel erhält einen Helm verpaßt, und die bei Müttern angefüllten Zivilistenbänke müssen in einen fünften oder sechsten Wassertröck eingeklappt werden. Schwer beladen eilt der Rekrut auf seine Stube, und hier vollendet sich die Umwandlung des einfügen Zivilisten in einen Soldaten. Jeder erhält seinen Spind, in den er seine Ausrüstungsstücke, Monturen usw., vorschriftsmäßig hängt, es ist so viel, daß er es kaum darin unterbringt. Das Leben in den Stuben ist höchst ungemütlich; dazu kommt noch der kurze militärische Ton der Vorgesetzten und das Hänseln der sogenannten „alten Leute“. Ja, die Arbeit sorgt dafür, das nagende Heimweh zu vertreiben, und am nächsten Morgen kommt das erste Geregieren, nachmittags beginnt die Instruktion. Das körperliche Gebaren und die geistigen Künste der jungen Varen haben oft für die Vorgesetzten und den Zuschauer etwas unendlich Komisches. Das auch ab und zu ein Vorgesetzter im Augenblick höchster Not einmal einige zoologische Vergleiche anstellt, wird gewiß nicht weiter übergenommen. Bald kommt der erste Sonntag. Damit das Heimweh nicht so groß wird, läßt man die Rekruten ihren Lebenslauf schreiben. Mancher Schweißtropfen wird bei dieser Arbeit vergossen. Bald aber hat sich der angehende Soldat daran gewöhnt, das „Unvermeidliche mit Würde zu tragen“. Die Mutter sorgt, daß der Spind von Schinken, Wurst und Butter nicht leer wird, und die Kasernentoilette mündet bei der täglichen Bewegung vorzüglich. Näher und näher rückt dann das Weihnachtsfest, da gibt es den ersten Urlaub. Mit Stolz eilt der junge Krieger dem Heimatdörfchen zu, die Kameraden erkennen ihn kaum wieder, und der Nachbar, ein alter Kriegsveteran, sagt: „Der Heinrich ist aber ein frummer Soldat geworden.“

Wegen die „Kartoffelferien“.

Folgende Eingabe, die von einer großen Anzahl angesehener Einwohner, darunter auffällig viele Ärzte, unterschrieben wurde, ist an die Schulverwaltung gesandt worden: „Die unterzeichneten Väter von Schülern hiesiger Schulen ersuchen eine hochwohlwollende Schulverwaltung ganz ergeben, eine Änderung der jetzt bestehenden Ferienordnung eintreten zu lassen, und zwar derart, daß die Sommerferien auf 5 bis 6 Wochen ausgedehnt, die Weihnachts- und Osterferien um je ½ Woche gekürzt und die Herbstferien eventuell zu denselben gelegt werden. Die jetzige Verteilung entspricht nicht dem Bedürfnis der weitaus größeren Mehrzahl der Eltern und Schüler der Wiesbadener Schulen. Der fortschreitende Groß- und Kurstadtcharakter Wiesbadens weist logisch auf eine mögliche Zusammenlegung der Ferien in den Hochsommer hin, die große Mehrzahl der Eltern ist aus beruflichen Gründen gezwungen, die Erholungs- und Reisezeit in diesen zu verlegen. Eine vierwöchige Erholungszeit erscheint aber aus diesen praktischen Gründen zu kurz. Vom ärztlichen Standpunkt aus muß ferner eine längere Er-

holungszeit für die Kinder gefordert werden, die in den langen, heißen Sommertagen sich viel wichtigerer gestalteten läßt als zu irgend einer anderen Jahreszeit, und durch möglichst lange Dauer ersprießlicher wird. In den Weihnachts- und Osterferien sind die Eltern meistens aus beruflichen Gründen nicht in der Lage, sich länger über die Feiertage hinaus ihren Kindern widmen zu können; außerdem sind die meisten Kinder, besonders die der Volksschulen, in dieser Zeit besser in der gut gewärmten Schule aufgehoben als in der oft engen, kalten elterlichen Wohnung. Gelegenheit zum Eislaufen und Aufenthalt in freier winterlicher Natur wird ihnen bei geeigneter Bitterung seitens der Schule genügend geboten. In der Osterzeit ist die Bitterung häufig derart, daß sie einen längeren Aufenthalt im Freien nicht gestattet; diese Ferien dürften darum eine geringe Kürze auch wohl ertragen. So wären denn 5 Wochen für den Sommer bereits gewonnen. Die Herbstferien, die für ländliche Verhältnisse wohl unentbehrlich sind, haben für die Groß- und Kurstadt nur den Zweck einer kurzen Ausspannung unserer Kinder vor dem langen Wintersemester, sind aber zu einer wirklichen Erholung zu kurz, und würde der Wert derselben durch bessere Ausnutzung der Sommerferien bei entsprechender Verlängerung wohl aufgewogen, zumal auch die meisten Eltern während der herbstlichen Hochsaison der Kur beruflich verhindert sind, sich in gewünschter Maße ihrer Kinder anzunehmen. Wir bitten darum ein königl. Provinzialschulkollegium ergebenst, vom nächsten Jahre an eine für unsere Verhältnisse angemessene Verteilung der Ferien vorzunehmen, derart, daß die Sommerferien, wenn aus pädagogischem Interesse die Herbstferien in Wegfall kommen können, 6 Wochen betragen. Sollte dies indes des langen Wintersemesters wegen seine Verwirklichung haben, so möge man doch die Sommerferien unter Kürzung der Weihnachts- und Osterferien auf 5 Wochen mitbedenken ausdehnen. Wir geben uns um so mehr der angenehmen Hoffnung hin, daß eine hochwohlwollende Schulverwaltung unseren billigen Wünschen entspreche, da eine Verlängerung der vom Herrn Minister der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten festgesetzten Ferienzeit nicht gefordert wird.“

Die Gründe zu einer Aufgabe der Herbstferien zugunsten der Sommerferien sind so gewichtig, daß die Behörde hoffentlich den Wünschen Rechnung trägt.

**Kurgäste.** Bring Heinrich zu Schönburg-Waldenburger ist von Schloss Droschitz zu längerem Kurgast hier eingetroffen und wohnt im „Hotel Rose“.

**Personal-Nachrichten.** Der pensionierte Gerichtsdirektor Peter Dreuer zu Wiesbaden erhielt das Kreuz des k. u. k. gemeinen Ehrenzeichens.

**Personal-Veränderungen bei der Polizeidirektion.** In der in der gestrigen Abend-Ausgabe enthaltenen Notiz über die Pensionierung von Beamten der Polizeidirektion ist beirichtigend zu bemerken, daß Herr Polizeikommissar Wochmann bereits am 1. Januar in den Ruhestand tritt, der Zeitpunkt des Austritts des Herrn Polizei-Inspektors Gehl jedoch noch nicht feststeht.

**Zauber-Vorstellung.** In einem hiesigen, noch zu bestimmenden Saal wird in der nächsten Zeit Herr Wilhelm Stein eine Vorstellung als Zauberer inszenieren, die nach den in unserer Redaktion abgelegten Proben sehr interessant zu werden verspricht. Herr Stein verfügt über eine große Geschicklichkeit und Sicherheit in der Art seiner Vorführungen, die zudem den Vorzug der Originalität haben. Seine Darbietungen dürften noch dadurch gewinnen, daß der Zauberer als humorvoller Wittdichter auftreten wird.

**Wiesbadener Dausenheim Auguste-Viktoria-Stift.** Man schreibt uns: Der im vergangenen Sommer den Hirnweiz auf einen Besuch unseres Stiftshauses zu Oberlahnstein a. Rh. benutzt hat, wird seine Freude gehabt haben an der großen Verschönerung — abgesehen von der so erwünschten Vergrößerung —, welche das Haus durch den neuen Anbau erlangt hat. Schon sind die sämtlichen sechs neu dadurch gewonnenen Stiftsstellen besetzt, und die noch zur Deckung der Gesamtbaukosten, einschl. Renovation des alten Hauses, benötigte Restsumme hofft der hiesige Verein durch sein für Samstag, den 30. Oktober geplantes dies-jähriges Teefest aufzubringen. Das Teefest soll wieder in den Räumen des „Paulinenschilddens“ stattfinden. Alles Nähere über Programm und Billetverkauf wird noch bekanntgemacht.

**Geschäfts-Jubiläum.** Am 16. d. M. sind es 50 Jahre, daß das belannte Bäcker- und Konditorgeschäft von Malbaner besteht. Der Vater des jetzigen Inhabers, Herr Adam Malbaner, gründete dasselbe 1859 in Meissträumen in der unteren Friedrichstraße, brachte es durch rastlosen Fleiß und gute Bedienung seiner Kundschaft, unterstützt von einer tüchtigen Hausfrau, zu hoher Blüte, und verlegte es späterhin nach der Markstraße. Seit er sich zur Ruhe gesetzt, ist sein Sohn, Herr Wilhelm Malbaner, Inhaber des nun in ganz modernen Bahnen wandelnden Unternehmens, das zu den ersten der Branche am Platze zählt. In pietätvollem Gedenken hat Herr W. Malbaner eine geitene Nachbildung des „Wiesbadener Tagblatts“ vom 15. Oktober 1859, welches die Geschäftseröffnung des Bäckereimeisters A. Malbaner enthielt, anfertigen lassen, die der vorliegenden Ausgabe als Sonderbeilage eingefügt ist und sicherlich viele in doppelter Hinsicht zu Vergleichen zwischen einst und jetzt veranlassen wird.

**Krankenversicherung für Handlungsgehilfen und Kaufleute.** Die dem Kaufmannshande angehörigen Leser wird es interessieren, daß neuerdings die Kranken- und Begräbniskasse des Vereins für Handlungsgehilfen von 1858 (Kaufmännischer Verein) in Hamburg neben der schon seit 1855 bestehenden Freizügigkeit über das Deutsche Reich die sogenannte Europa-Versicherung eingeführt hat. Das Krankengeld kann von 1 M. 50 Pf. bis 5 M. täglich, das Begräbnisgeld von 150 M. bis 300 M. verhöbert werden. Freie ärztliche Behandlung, Arznei und Heilmittel werden für 26 Wochen und Krankengeld bis zu einem ganzen Jahr gewährt. — Im nächsten Jahr wird der Verein für Handlungsgehilfen von 1858 auch die Familien-Versicherung ins Leben rufen. Die Hauptversammlung des Vereins hat für die Einrichtung der Kasse bereits den Betrag von 10 000 M. bewilligt.

**Geflügel-Ausstellung.** Der „Verein der Geflügelzüchter und Vogelfreunde Wiesbaden“ hält am 16., 17. und 18. Oktober d. J. im Gartensaal des „Hotels Friedrichshof“ eine Lokal-Geflügel-Ausstellung, verbunden mit Ver-

kaufmarkt-gegangener Stellung in den Zeiten der Verlasten Preisen bi-

— De-Überlicht i-gibt der Rheim-schiff dem Rhei-Tonner Im Wir-Der wir-nanten A-verhältniß-Vorjahr. betriebenen Rheinverke mit 31 611 1318 Dam-schiffe un-fähigkeit. deutsch (niederländ (200) ei-Von den Schrauben-Perlonen, befordern Zwecken.

— D-eine Verk-macht De-ler Tiera-höchst zu-3 Tage S-zudem in-Gefängni-andere T-Tierfah-ger bestre-vorgehe-ten ein

— G-und in d-kreisflü-kreißt in-legen di-Eitrbau-liefer, un-Spielze-alle Dia-109. Th-’oje

— G-und in d-kreisflü-kreißt in-legen di-Eitrbau-liefer, un-Spielze-alle Dia-109. Th-’oje

— G-und in d-kreisflü-kreißt in-legen di-Eitrbau-liefer, un-Spielze-alle Dia-109. Th-’oje

— G-und in d-kreisflü-kreißt in-legen di-Eitrbau-liefer, un-Spielze-alle Dia-109. Th-’oje

— G-und in d-kreisflü-kreißt in-legen di-Eitrbau-liefer, un-Spielze-alle Dia-109. Th-’oje

— G-und in d-kreisflü-kreißt in-legen di-Eitrbau-liefer, un-Spielze-alle Dia-109. Th-’oje

— G-und in d-kreisflü-kreißt in-legen di-Eitrbau-liefer, un-Spielze-alle Dia-109. Th-’oje



treffen. Aller Wahrscheinlichkeit nach dürfte es zur Erhebung einer Klage gegen ihn wegen Gefährdung eines Eisenbahntransports und fahrplänlicher Körperverletzung mit tödlichem Ausgange kommen.

Kein neuer Raubmord. Die Nachricht, daß in Osterode, wo sich der Elbinger Raubmörder Stolze bekanntlich aufgehalten hatte, ein Raubmord verübt worden sei, erwies sich als falsch. Die Osteroder Kriminalpolizei weiß nichts von dem angeblichen Raubmord. Sie hat dagegen jetzt festgestellt, daß Stolze bereits am Sonntag Osterode verlassen hat und mit der Bahn in einem Coupé 4. Klasse nach Allenstein gereist ist. Von dort fehlt jede Spur. Die Beerdigung des von Stolze ermordeten Dr. Krause hat inzwischen stattgefunden.

Selbstmordversuch im Gefängnis. Der Oberpostassistent Jürgens, welcher sich im Sommer größere Unterschlagungen zuschulden kommen ließ, beging im Untersuchungsgefängnis zu Berlin einen Selbstmordversuch, indem er sich die Pulsadern der linken Hand durchschnitt. Er wurde nach der Charité verbracht.

Aus Versehen den Bruder erschossen. In Maragonin im Kreise Kolmar (Provinz Posen) erschoss versehentlich im Kaufladen des Kaufmanns Test dessen 11jähriger Sohn seinen 17jährigen Bruder, der Patronen verkaufte, mit einem Revolver.

Der Raubmord zu Sahnitz. Eine Verhaftung in der Sahnitzer Doppelmordaffäre ist in Bismarck in Mecklenburg vorgenommen worden. Dort wurde unter dem Verdacht, den Doppelmord begangen zu haben, der Schweizer Friedrich B. aus Karlsruhe, 19 Jahre alt, festgenommen und in das Gerichtsgefängnis übergeführt.

Selbstmord aus gekränktem Ehrgeiz. In Bayreuth erschoss sich die an dem Opernhaus angestellte Schauspielerin Marianne Kreden aus gekränktem Ehrgeiz.

Mord. Ein aus Preußen nach Ostwiecim zurückkehrender ruthenischer Saisonarbeiter ermordete durch Dolchschläge die Sittenbirne Potembianka.

Erdbeben. In Siena wurde ein leichter Erdstoß verspürt, der jedoch keinen Schaden verursachte.

Eisenbahnräuber. Aus Kalkutta wird gemeldet: Die allgemeine Unsicherheit hat in der letzten Zeit wieder zugenommen; es wurden eine Reihe bewegener Landfriedensbrüche verübt. Räuber erkletterten einen Eisenbahnzug auf einer Nebenlinie in der Provinz Assam, töteten verschiedene Beamte und entkamen mit einer größeren Geldsumme in der nächsten Dunkelheit.

In einem Wassertümpel ertrunken. In Boeserheide ertrank ein Kind in einem Wassertümpel, während die Mutter in der Nähe mit Feldarbeiten beschäftigt war.

Ein Matrose tödlich verunglückt. Der Matrose Willi Schmidt vom Kreuzer „Serra“ wurde in New York bei der Einnahme von Kohlen getötet.

Haus-Einsturz. Durch den Einsturz dreier Stockwerke eines fünfstöckigen Neubaus wurden in Budapest zwei Arbeiter verletzt.

Ein Postdieb verhaftet. Der des Diebstahls im Postamt am Minoritenplatz zu Wien verdächtige Freemann, der mit dem englischen Verbrecher Daniel Delaney, alias David Maloney, identisch sein soll, ist, wie der Wiener Polizeidirektion telegraphisch aus New York mitgeteilt wird, wieder verhaftet worden.

Letzte Nachrichten.

Zur Erschießung Ferrers.

Paris, 14. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Pariser Blätter veröffentlichen jetzt das Telegramm, das die Tochter Ferrers an den König von Spanien gerichtet hat. Es lautet: „Allerchristlichster König, der Sie für ein ritterliches Volk den Edelmut und die Allmacht darstellen, verachten Sie nicht die demütige Bitte der Tochter Ferrers, O, König, der Sie wie Gott selbst über Leben und Tod verfügen, heilen Sie durch eine Regung Ihres edlen Herzens die Bitterkeit meiner Seele und erhören Sie die flehentliche Bitte der Tochter Ferrers. Paz Ferrer.“

hd. Paris, 14. Oktober. Das Blatt „Guerre Sociale“, das Organ des Antimilitaristen Professor Hervé, veröffentlicht eine sehr warz umranderte Spezial-Ausgabe, welche in großen Buchstaben den Titel trägt: „Selbstmord Alfonso XIII.“. Hervé führt darin aus, daß Alfonso XIII. vom Kabinettschef Maura sein Todesurteil erhalten habe.

Eine Protestversammlung in Breslau.

Breslau, 14. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Sonntag findet hier eine Massenversammlung unter freiem Himmel im Stablfeld „Leptor Keller“ statt, um gegen die Hinrichtung Ferrers zu protestieren. Referenten sind Prediger Schirn, der Präsident des Deutschen Freidenkerbundes, und Redakteur Schiller.

wd. Rom, 14. Oktober. Auch in Neapel fand eine Protestversammlung gegen die Hinrichtung Ferrers statt. Der Anarchist Banguardia warf eine mit Sprengstoff gefüllte Pappschachtel in die Kirche Monte Santo, wo zahlreiche Gläubige zur Abendandacht versammelt waren. Die Explosion rief eine große Panik unter den Andächtigen hervor, ohne jedoch jemand zu schaden. Der Übeltäter wurde gefaßt und von der wütenden Menge schwer mißhandelt.

Auch drei Franzosen in Barcelona erschossen?

wd. Paris, 14. Oktober. Ein Nachrichtenbureau verbreitet die Meldung, daß drei Franzosen in Barcelona, die unter der Anklage der Teilnahme an der Emence vom Juni verhaftet wurden, nach kurzem summarischem Prozeß in der Festung Montjuich erschossen worden seien.

Zum Bombenattentat in Schweden.

wd. Goeteborg, 14. Oktober. Direktor Sjöholm erhielt von dem Ingenieur Garberg, der verdächtigt wird, Bomben an ihn und den Direktor Hammar abgeschickt zu haben, aus London ein Telegramm, in welchem dieser Verdacht als unwürdig und grundlos zurückgewiesen wird.

Zum Einbruch in Stuttgart.

wd. Stuttgart, 14. Oktober. Dem Vernehmen nach sind Schilling-Ballenda, bekannt durch den Einbruch im Juweliergeschäft von Kaufmann, nicht ein und dieselbe Person, sondern zwei verschiedene Leute, aber beide an dem Einbruch beteiligt. Nachdem bekanntlich Schilling in Frankfurt a. M. verhaftet worden ist, gelang es heute früh, auch den Ballenda dort dingfest zu machen. Beide sind geständig und bleiben einstweilen in Frankfurt a. M. in Gewahrsam. Der in Altona, wie gemeldet, verhaftete Eugen Robe, ein Bruder des Haupttäters Gustav Robe, ist seines Zeichens Friseur. Er ist dringend der Mittäterschaft verdächtig. Seit Anfang des Monats hatte er lange Reisen, u. a. nach Kopenhagen, gemacht, und ist am 9. Oktober zurückgekehrt. Kopenhagen ist als ein Platz bekannt, wo gestohlene Juwelen untergebracht werden.

Dedeneinsturz in einer Kaserne.

Allenstein, 14. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) In einer der hiesigen Kasernenbauten stürzte heute mittag, wie die „Allensteiner Ztg.“ meldet, die Decke des obersten Stockwerkes ein und durchschlug vier Decken der darunter liegenden Stockwerke. Drei Bauarbeiter wurden in die Tiefe gerissen und tödlich verletzt.

Feindliche Nachbarn.

wd. Posen, 14. Oktober. In Strepißko schah der Bauer Gändler auf seinen Nachbar Kluge, mit dem er in Feindschaft lebte. Die Kugel ging aber fehl. Darauf erschoss sich Gändler selbst.

Coburg, 14. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Reichstagswahl ist auf den 22. Oktober anberaumt worden.

Halle, 14. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) 200 Vergleiche der Mansfelder Kupferhüttenbauarbeitenden Gewerkschaften traten heute in den Aufstand, so daß jetzt insgesamt 2985 Mann streiken.

Norderney, 14. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Fürst Bülow ist heute nach Groß-Flottbek abgereist.

Belgrad, 14. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der König nahm die Demission des Kriegsministers an und betraute den Kultusminister interimistisch mit dem Kriegsportefeuille.

Letzte Handelsnachrichten.

Berliner Börsenbericht.

Berlin, 14. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Börse war bei Eröffnung ausgesprochen fest. Die Börsenkreise haben sich anscheinend mit der Verteuerung des Geldes abgefunden. Die Spekulation scheint vielmehr geneigt, den günstigen Nachrichten aus Industrie und Handel wieder mehr Einfluß auf die Tendenzgestaltung einzuräumen. In dieser Richtung wirkten der besonders günstige Bericht des „Iron Age“ über den amerikanischen Eisenmarkt, sowie die Zeitungsmeldungen, denen zufolge der Stahlwerksverband und die Geschäftslage der Halbzucker sich zu bessern scheinen. Neben erneuten Meinungsäusserungen des Publikums sollen es auch Deckungen gewesen sein, welche auf dem Montanmarkt durchweg Besserungen brachten. Lebhaft waren die Umsätze, namentlich in Selsenkiesener und Phosphorsäuren. In bescheidenem Maße folgten Banken der Aufwärtsbewegung. Diskontokommandit 1 Prozent höher. Oesterreichische Werte lagen auf Wien fest. Prinz-Heinrich-Bahn profitierte von der Steigerung der Montanwerte. Renten fest. Lebhaftes Interesse zu anziehenden Kursen zeigte sich für Elektrizitätsaktien. Schiffsahrtsaktien vernachlässigt. Von einem leichten Rückschlag abgesehen, verfolgten die Kurse in der zweiten Börsenstunde eine weiter mäßig steigende Richtung. Tägliches Geld 4 Prozent. Die Londoner Diskonterhöhung führte bei ihrem Bekanntwerden zu Abschwächungen, namentlich auf dem Montanmarkt, wo das Kursniveau sich um 1 Prozent senkte. In dritter Börsenstunde blieb bei stillem Geschäft die schwächere Haltung vorherrschend, wozu das Aussehen des Privatdiskonts und die Befürchtung einer Ernüchterung New Yorks angefaßt der einprozentigen Londoner Diskonterhöhung beitrugen. Der Kassaindustriemarkt ziemlich fest. Privatdiskont 3/4 Prozent.

Diskonterhöhung auch in England.

hd. London, 14. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Bank von England hat ihren Diskont von 3 auf 4 Prozent erhöht.

Nächste Briefpost-Verbindungen

nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika. (Nach amtlichen Quellen bearbeitet.)

Table with columns: Der Dampfer fährt am, aus, Die letzte Anfahrtspost verläßt Wiesbaden am, Zeit, Briefgewicht. Includes routes like Bremerhaven, Cuxhaven, Havre, Southampton, Cherbourg, Queenstown, Southhampton, Cuxhaven, Havre, Southampton, Cherbourg, Queenstown.

Briefkasten.

(Die Redaktion des „Wiesbadener Tagblattes“ übernimmt schriftliche Anfragen in Briefkasten, wenn die letzte Bezugssendung beiläufig. Rechtverbindliche Gewähr wird nicht ausgedrückt.)

E. 100. In den hiesigen Volksschulen sind noch 1000 Haushaltungslöcherinnen angestellt, nicht aber sonst im Bezirk. Die Landwirtschaftskammer trifft jedoch solchen Vorbereitungen, auch auf dem Lande den Haushaltungsunterricht einzuführen.

Ellenbogengasse. Für den Felddiebstahl Strafmündiger Kinder ist der Vater haftbar.

M. B. Das eingetragene Gut der Frau kann für vorerhebliche Schäden des Mannes nicht in Anspruch genommen werden. Im Falle einer Pfändung muß die Frau bei Gericht Widerspruch erheben.

L. S. Die eigenhändige Niederschrift gilt nur für das Prätestament, das die Testierenden in ihrer Wohnung aufzusetzen. In diesem Falle kann einer der Ehegatten das Testament niederschreiben und der andere schreibt darunter, daß er die Erklärung in ihrem ganzen Umfange zu der Zeitigen macht. Soll das Testament bei Gericht hinterlegt werden, so bedarf es der eigenhändigen Niederschrift nicht, nur der Unterschrift.

D. S. Wenn der Vermieter die Kündigung nicht angenommen hat, worüber Sie sich vergewissern müssen — aus dem Stillstehenden läßt sich die Annahme nicht ohne weiteres folgern — bleibt der Mietvertrag in Kraft und die Kündigung kann erst am 1. April erfolgen.

Taurus 39. Die Kosten werden sich auf etwas über 200 M. belaufen. Näheres erfahren Sie bei Gericht.

Familien-Nachrichten.

Standesamt Wiesbaden.

(Mathaus, Zimmer Nr. 20; geöffnet an Wochentagen von 8 bis 12 Uhr; für Hochzeiten nur Dienstags, Donnerstags und Samstags.)

Geburten:

- 6. Oktober: dem Insizienten am Reg. Theater Leopold Diefen e. S., Nikola Hans.
7. „ dem Hausdiener Joh. Weber e. S., Karl Josef.
8. „ dem Oberleutnant Witz. Zimmerstich e. S., Ernst Wilhelm.
9. „ dem Kaufmann Otto Teschmann e. L., Ida Margarete.
10. „ dem Schreiner Ferd. Wind e. S., Heinrich Ferd. Christian Wilhelm.
11. „ dem Eisenbahn-Hilfsführer Karl Decken e. L., Anna Maria Magdalena.
12. „ dem Eisenbahnarbeiter Gustav Leidenbach e. S., Gustav Karl Heinrich.
13. „ dem Inhaber eines Ambulatoriums Karl Kanzer e. L., Annaliese Marie.
14. „ dem Tagelöhner Adam Graubner e. S., Jakob.

Aufgebote:

- Bahnarbeiter Karl Emil Dohent in Nieder-Saulheim mit Juliana Schmutz hier.
Goldhändler Hermann Gustav Wilm hier mit Anna Maria Brodman in Frankfurt a. M.
Wagenbauer Karl Jakob Lind hier mit Luise Schmidt in Weierbach.
Krankenschwäger Peter Simon mit Magdalena Bach hier.
Eisenarbeiter Friedr. Ulrich mit Katharina Schreiner hier.
Schlossergeselle Friedrich Wies mit Christine Anort hier.
Sergeant Johann Leisch in Köln-Nick mit Maria Anna Rosenfeld hier.
Färber Dr. Wegner in Wiesloch mit Maria Anna Deger in Ansbach.
Eisenarbeiter Otto Wilm in Wiesloch mit Luise Schneider hier.
Handlungsgehilfe Oswald Romel hier mit Maria Holz in Niederwerre.

Eheschließungen:

- Buchhändler Emil Naumann mit Elise Wenzlau hier.
Obermonteur Friedrich Berger mit Pauline Berg hier.

Sterbefälle:

- 11. Oktober: Rentner Samuel Manassewitsch, 88 J.
12. „ Heinrich, S. d. Rainers Wilhelm Beder, 1 M.
13. „ Reg.-Rat s. D. Ferdinand Ulrich, 65 J.

Geschäftliches.

Nicht die geringsten Magenbeschwerden.

Meine Schwester, die mit dem Haushalt führt, dürfte wegen Magenbeschwerden schon seit Jahren auch nicht die geringste Portion Bohnenkaffee genießen, ohne dadurch Magenbeschwerden zu haben. „Kaffee Dag“ ist aber so wunderbar bewirksam, daß sich nach dem Genuß auch nicht die geringsten Magenbeschwerden bemerkbar machten. Hr. Katten, 2. M. Pastor.
Es dürfte Sie interessieren, daß ich in der ganzen Zeit, in der ich Ihren koffeinfreien „Kaffee Dag“ trinke, kein Sodbrennen verspüre, während ich sonst von Zeit zu Zeit mit dem Kaffee auf mehrere Tage auslegen mußte. Berlin. Dr. med. H. F. 14

Jeder muß gewinnen!

Eine Lotterie, bei welcher nicht der blinde Zufall entscheidet, sondern auf 2 Lose (wenn eines derselben eine gerade, das andere eine ungerade Nummer hat) mindestens 1 Treffer garantiert wird, so ist die diesjährige Münchener Kunstausstellungslotterie, welche 75,000 Treffer auf 150,000 Lose enthält, darunter große Hauptgewinne i. H. von 12,000 M., 9000 M., 5000 M., 3000 M., 2000 M. etc. Zur Verlosung gelangen Kunstwerke, Klein Kunstwerke u. Kunstwerke-Reproduktionen. Lose à 2 M. sind zu haben in allen bekannten Postgeschäften. Das unterzeichnete Bureau versendet gegen Einzahlung von 4 M. = 2 Lose (eine gerade und eine ungerade Nummer), bei welchen mindestens ein Treffer garantiert wird, von 20 M. = 10 Lose (5 gerade und ungerade Num.), bei welchen mindestens 5 Treffer garantiert werden. Für Frankozahlung sind 10 M. (Ausland 20 M.) Porto beizufügen; wird die Losenzahlung „Einsendungen“ gewünscht, fernere 20 M. — für frankierte Zusendung der amtlichen Gewinnliste gleich nach der Ziehung weitere 20 M.

Lotteriebureau der X. Internationalen Kunstausstellung im Kgl. Glaspalast München 1909.

Generalvertrieb für Wiederverkäufer für Königreich Preußen: Lud. Müller & Co., Berlin, Treibstr. 5. (Ma 2577) P 144

Unser heutiger Gesamtauflage liegt ein Prospekt der Firma Walsamer, Marktstraße 34, aus Anlaß des 60-jährigen Geschäfts-Jubiläums bei. F 540

Der heutigen Gesamtauflage unseres Blattes liegt ein Flugblatt des Freidenker-Bundes bei. F 540

Die Morgen-Ausgabe umfaßt 22 Seiten und die Verlagsbeilage „Der Roman“.

Leitung: H. Schultze vom Brühl.

Verantwortlicher Redakteur für Inhalt und Form: H. Degerherk; H. Penzler, Sport und unterh. Zeitg.; H. Kaiser; für Wiesbadener Nachrichten: C. Köberle; für Allgemeine Nachrichten: H. Degerherk; für die Anzeigen und Anzeigen: H. Degerherk; für die Anzeigen und Anzeigen: H. Degerherk; für die Anzeigen und Anzeigen: H. Degerherk.

Druck und Verlag der L. Schellenberg'schen Verlagsdruckerei in Wiesbaden

# Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 25/27.

„Tagblatt-Haus“.  
Schalter-Halle geöffnet von 8 Uhr morgens  
bis 8 Uhr abends.

26,000 Abonnenten.

2 Tagesausgaben.

**Versprecher-Lauf:**  
„Tagblatt-Haus“ Nr. 6650-53.  
Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.  
Sonntags von 9-11 Uhr vormittags.



Bezugs-Preis für beide Ausgaben: 56 Pfg. monatlich durch den Verlag Langgasse 27, ohne Bringer-  
lohn. 2 Mt. 50 Pfg. vierteljährlich durch alle deutschen Postanstalten, auswärts 60 Pfg. —  
Bezugs-Bestellungen nehmen auch durch entgegen: in Wiesbaden die 4 Anzeigebüros, sowie die  
196 Anzeigebüros in allen Teilen der Stadt; in Wehrhahn die dortigen 15 Anzeigebüros und in den  
benachbarten Kanonten und im Umland die betreffenden Tagblatt-Träger.

Anzeigen-Preis für die Seite: 15 Pfg. für lokale Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Kleine Anzeigen“  
in einheitlicher Spalte; 20 Pfg. in davon abweichender Spaltenbreite, sowie für alle übrigen lokalen  
Anzeigen; 30 Pfg. für alle auswärtigen Anzeigen; 1 Pfl. für lokale Stellen; 2 Pfl. für auswärtige  
Stellen; Ganze, halbe, Drittel und Viertel Seiten, durchlaufend, nach besonderer Berechnung. —  
Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Zeilen in kurzen Zeitintervallen entsprechender Rabatt.

Anzeigen-Annahme: für die Abend-Ausgabe bis 12 Uhr mittags; für die Morgen-Ausgabe bis 8 Uhr nachmittags.

Für die Aufnahme später eingelegter Anzeigen in die nächsterfolgende Ausgabe wird keine Gewähr übernommen.

Nr. 482.

Wiesbaden, Freitag, 15. Oktober 1909.

57. Jahrgang.

## Abend-Ausgabe.

1. Blatt.

### Gemeinwesen und Lohnpolitik beim Submissionswesen.

Von Dr. jur. E. S. Meyer, Wiesbaden.

Die Gemeinwesen sind die bedeutendsten Arbeit-  
geber unserer Zeit. Sie haben als solche die Möglichkeit,  
in weitgehendster Weise auf die Regelung der Arbeits-  
verhältnisse einzuwirken und eine Lohnpolitik zu treiben,  
welche die Anbahnung des sozialen Friedens er-  
leichtert. Das Gemeinwesen stellt einen Wirtschaftsför-  
der dar, welcher nicht unbedingt den ökonomischen  
Grundsätzen der billigsten Beschaffung von Pro-  
dukten zu folgen braucht, sondern kraft seiner beson-  
deren Stellung auch eine den ökonomischen  
Grundsätzen entgegenlaufende Politik betrei-  
ben darf und aus ethischen Gründen, wenn es sich  
um das Wohl und Wehe eines großen Teils seiner Mit-  
glieder handelt, betreiben muß. Und dabei bedeutet die  
Befolgung von ethischen und sozialen Grundsätzen in  
der Wirtschaftsführung, die auf Hebung einer Klasse ab-  
zielen, nicht einmal den Gegenpol zu ökonomischer  
Wirtschaft, vielmehr decken sich beide des öfteren, in  
vielen Fällen sind die ersteren sogar die wirtschaft-  
lichen. Was zur Hebung der Arbeiter aufgewendet  
wird, wird in ungleichem Maße gepart an Armenkosten,  
an Spitalgeldern, an Unterstützungsgeldern für Krip-  
pen, Orte, Schulen und an Arbeitslosen- und Gefangen-  
nenunterstützungen. Gerade die Hebung der untersten  
Klassen ist produktionsfördernd, da sie den größten Teil  
der Konumenten darstellt, und je besser sie materiell  
sind, in um so größerem Maße wird sie eine Bedürfnis-  
befriedigung eintreten lassen. So werden in wirtschaft-  
licher Beziehung in letzter Linie alle Glieder des Ge-  
meinwesens gestärkt durch eine Stärkung der unter-  
sten Klasse. Ebenso findet dadurch auch in kul-  
tureller Beziehung eine Hebung statt, die allein  
eine Anbahnung des sozialen Friedens ermöglicht.

Nicht nur in den Fällen, in welchen die Gemeinwesen,  
vor allem die Städte, selbst als Arbeitgeber auf-  
treten, ist ihnen die Möglichkeit in die Hand gegeben,  
eine soziale Arbeiterpolitik zu treiben und gleichsam  
Musterarbeitgeber zu sein, wie sie auch Musterverwalter  
auf Domänen sind, sondern in noch erweiterterem Maße  
können sie indirekt auf die Lebensgestaltung der  
Arbeiter Einfluss gewinnen, wenn Unternehmer sich

zwischen sie und die Arbeiter stellen. Diese Handhabe ist  
ihnen gegeben bei dem Submissionswesen,  
welches durch die Unterbietungen besonders leicht  
Lohn drückt und damit Schädigung der Arbeiter mit  
sich bringt. Auch hier sollen die Gemeinwesen bemüht  
sein, nicht rein ökonomische Prinzipien zu lassen,  
sondern durch besondere Vertragsklauseln  
mit den Unternehmern den Arbeitern eine  
bessere Stellung zu verschaffen suchen. Die Er-  
füllung dieser so einfachen Forderung ist zurzeit bei  
den Gemeinwesen noch in den schüchternsten Anfängen.

Den Gemeinwesen stehen zur Arbeitsregelung ver-  
schiedene Wege offen. Einmal, indem sie in die Ver-  
träge mit den Unternehmern oder in die allgemeinen  
Submissionsbestimmungen die sogenannte anstän-  
dige Lohnklausel aufnehmen, d. h. die Be-  
dingung, daß der Unternehmer, der den Zuschlag er-  
hält, den angestellten Arbeitern die üblichen Löhne,  
die auch durch Lohnkommission geregelt sein können,  
bezahlt. Andererseits können auch autoritativ die  
Mindestlöhne bestimmt sein, welche die Unter-  
nehmer zu zahlen haben, doch werden sich diese Löhne  
meistens an die ortsüblichen anlehnen. Da diese un-  
mittelbare Festsetzung der Löhne, als etwas Variables,  
nicht durch Gesetz festgelegt werden kann, so wählt man  
hierzu Schiedsgerichte oder Lohnämter, die  
diese Löhne festsetzen. Neben der anständigen Lohn-  
klausel, die sich auch auf Bestimmung über Nacht-  
arbeiten, Überstunden usw. beziehen kann, bietet auch  
eine Klausel über die einzuhaltende Arbeitszeit  
eine Handhabe zum Arbeiterchutz. Bestimmungen über  
die Verwendung von auswärtigen Arbeitern,  
Lehrlingen schützen die heimische gelernte Arbeiter-  
schaft. In Frage kommt auch die Aufnahme einer  
Streikklausel, d. h. die Bestimmung, daß durch Streik  
oder Ausperrung die Lieferungsfrist für den Unter-  
nehmer nicht auf die Dauer des Lohnkampfes herange-  
schoben wird, eine Bestimmung, welche die Arbeiter bei  
einem solchen Kampfe den Unternehmern gegenüber in  
eine bessere Position bringt.

Die Idee zu einer Beeinflussung der Arbeitsver-  
hältnisse durch die vergebenden Gemeinwesen ist zuerst  
in Paris 1883 durch den Stadtrat eingebracht wor-  
den, der in die Verträge mit den Unternehmern die Be-  
dingung aufnahm, daß der Unternehmer gewisse Mini-  
mallohne seinen Arbeitern zahlen müsse, daß  $\frac{1}{10}$  ein-  
heimische Arbeiter sein müssen, und ein Jahr später die  
Bestimmung des neunstufigen Maximalarbeitstages.  
Diese Bestimmungen waren allerdings praktisch für  
Paris ohne Bedeutung, weil die Verträge von der Re-  
gierung, die auf dem Grundsatz des freien Arbeits-

vertrages und der freien Arbeit stand, für ungültig er-  
klärt wurden. Dieser Gegenstand wurde erst durch den  
Minister Millerand im Ministerium Waldeck-Rousseau  
ausgeglichen. Der Antrag war immerhin damit ge-  
geben und die Idee fand ihre Verbreitung.

In England kam es infolge der Erhebungen, die  
durch die Schwitzkommission (Kommission zur Unter-  
suchung des Schwitzsystems) angestellt wurden, zutage,  
„daß das Submissionsverfahren der englischen Regie-  
rung wesentlich zur Entstehung und Verbreitung des  
Schwitzsystems beigetragen habe“. Der Erfolg war  
1891 die Fair-Wages-Resolution des Unterhauses, die  
es als Pflicht der Regierung aussprach, durch  
Bedingungen bei den Submissionen solche Umstände  
abzustellen. Hierdurch kam es in ganz England zu einer  
Änderung der Submissionsbedingungen in sozialerem  
Sinne. In Großbritannien haben, wie durch das Statistische  
Amt nachgewiesen wurde, 392 Orte in England und  
Wales, 53 in Schottland, 43 in Irland Bestimmungen  
über Arbeitslohn und -zeit bei Submissionsarbeiten.  
Der Typ für autoritative Lohnfestsetzung ist der Staat  
Victoria in Australien. Neuseeland geht  
sogar soweit, die Submittenten auszuschalten und die  
Arbeit an organisierte Arbeitergruppen zu vergeben  
(System der cooperative labour).

Belgien hatte frühzeitig eine Regelung der Sub-  
missionsbedingungen. Von den Vereinigten  
Staaten von Amerika haben z. B. New York, die  
Bundesregierung und 20 Staaten und Territorien den  
Achtstundentag eingeführt, dessen Übertretung ein straf-  
bares Vergehen bildet. Für Österreich-Ungarn  
liegt keine allgemeine Regelung vor, sondern bloß Be-  
stimmungen in den einzelnen Dienst- und Verwaltungs-  
vorschriften, die nicht eine unbedingte Regelung, son-  
dern Prüfung Fall für Fall bedeuten.

In Preußen sind die Versuche selbst in dem  
neuesten Erlass des Ministeriums der öffentlichen Ar-  
beiten vom 23. Dezember 1905, obwohl sie eine Besser-  
stellung gegenüber den früheren alten Bestimmungen dar-  
stellen, noch sehr zaghaft. Er enthält lediglich einige  
Bestimmungen über sanitäre und hygienische Anfor-  
derungen zugunsten der Arbeiter, von einer Lohnklausel,  
geregelter Arbeitszeit sieht nichts darin. Neu ist in dem  
Erlass die Bestimmung, daß Bewerber, von denen  
der ausübenden Behörde bekannt ist, daß sie ihren  
Vertragspflichten bei Kranken-, Unfall- und Invaliden-  
versicherung nicht nachzukommen pflegen, von der Be-  
werbserhebung ausgeschlossen sind“. Die Ausnahme der  
Streikklausel wurde schon 1899 durch das Ministerium  
des Innern mit der Begründung zurückgewiesen: „Ar-  
beitsausstände gelten nicht als höhere Gewalt und ge-

## Fenilleton.

(Nachdruck verboten.)

### Altrömischer Buchhandel.

Von Paul Seintge.

Der Buchhändler des Altertums betrieb sein Geschäft  
nach rein kaufmännischen Prinzipien. Selten schrieb er die  
Bücher selbst ab. Gewöhnlich hielt er sich je nach dem  
Umfang seines Geschäftes und dem augenblicklichen Begehr  
dieser oder jener literarischen Neuheit eine mehr oder minder  
große Anzahl Sklaven, die gleichzeitig nach einem Diktat  
schrieben. So unvollkommen diese Art der Vervielfältigung  
auch unsern modernen Druckverfahren gegenüber auf den  
ersten Blick erscheint, vermöge ihrer durch jahrelange Übung  
gewonnenen Fertigkeit leisteten die Kopisten immerhin Er-  
staunliches. Außerdem setzte die Sklavenarbeit den Bücher-  
handel in den Stand, dem Büchermarkt die neuesten Er-  
zeugnisse der Literatur schnell und in großen Massen zu-  
zuführen. Freilich geschah die Förderung der Arbeit auf  
Kosten der genauen Wiedergabe der Manuskripte. Die  
Zurückhaltung war der Hauptfehler der antiken Bücher, ganz  
zu schweigen von der nicht seltenen Unleserlichkeit der ohne  
Ziemung der Wörter und häufig mit Abkürzungen ge-  
schriebenen Texte. Deshalb sahen auch Schriftsteller, die sich  
ihren Freunden gefällig erweisen wollten, die Abschriften  
wieder durch und verbesserten die Flüchtigkeitsfehler der  
Kopisten.

Die Städte der Auflage richtete sich selbstverständlich  
nach der Tendenz des Werkes und der Beliebtheit des  
Autors. Wenn schon von einer Gelegenheitschrift, an die  
sich doch nur ein vorübergehendes und persönliches Interesse  
knüpfte, erwähnt wird, daß der Verfasser derselben auf  
eigene Rechnung eine Auflage von 1000 Exemplaren habe  
veranstalten lassen, so darf man wohl annehmen, daß die  
Buchhändler von den Werken der Korruptoren der Literatur  
weit größere auferlegten, zumal die besten Bücher ihnen am  
meisten eintrachten und das Publikum sich für die neuesten  
Erzeugnisse namhafter Dichter und Schriftsteller auf das  
lebhafteste interessierte. Denn den literarischen Größen  
spendete die Mit- und Nachwelt Ehre und Ruhm mit vollen  
Händen, ihre Werke nachwört der Weltliteratur an und

wurden überall, wohin römische Bildung und Sitte drang,  
in den Schulen und den Familienkreisen gelesen und auf  
den Theatern unter dem Beifall von Tausenden gesungen.  
So zählte z. B. die Poesie eines Vergil in allen Schichten  
der Gesellschaft, in allen Bildungskreisen zahlreiche Ver-  
ehrer, seine Gedichte bildeten das Fundament und den  
Hauptgegenstand des lateinischen Schulunterrichts, und wenn  
der Dichter von Reapel, wo er den Abend seines Lebens  
zubrachte, nach Rom kam und sich öffentlich zeigte, so mußte  
er sich vor den stürmischen Begrüßungen der Menge in ein  
Haus flüchten. Einer fast ebenso großen Popularität er-  
freute sich ein Propertius, ein Horaz, ein Ovid. Propertius  
machte sich keiner Übertreibung schuldig, wenn er behauptete,  
daß der Ruhm seines Namens bis zu den Anwohnern des  
winterlichen Boryphenes (Dnieper) gedungen sei. Horaz  
bekannte Prophezeiung, daß ihn die fernsten Völker lernen  
lernen würden, ist buchstäblich in Erfüllung gegangen. Ovid  
durfte von sich sagen, daß er in der ganzen Welt gelesen  
werde, und der Geschichtsschreiber Livius endlich konnte  
seine späteren Bücher mit der stolzen Kühlung beginnen:  
Ruhm habe er schon zur Genüge erworben, er setze sein  
Werk nur deshalb fort, weil der unruhige Geist Nahrung  
verlange.

Die Verkaufsstelle der Sortimentsbuchhändler lagen  
in Rom am das Argiletum und im Vicus sandalarius,  
der Schusterstraße. Dort wurden an den Türen oder, wenn  
der Laden an einem Säulengang lag, an den davorstehenden  
die Pfeiler die Anzeigen neu erschienenen Bücher oder die  
Preislisten selbst ausgehängt. Diese so primitive Art litera-  
reter Ankündigungen erfüllte vollkommen ihren Zweck, da  
römischer Ankündigungsorte aller derer bildeten,  
die Bücher selbst schriftstellerisch tätig waren, teils als Freunde  
der Literatur Unterhaltung suchten oder sich die neuen  
Bücher ansahen.

Die Massenproduktion blieb natürlich auf den Preis  
der antiken Bücher nicht ohne Einfluß. Mit Rücksicht auf  
die oftmals glänzende Ausstattung der Rollen darf man  
denselben mäßig nennen. Verglichen mit den heutigen  
Bücherpreisen war die Herstellung des Textes etwa doppelt  
so teuer wie gegenwärtig. Nach der Angabe des Satirikers  
Martialis kostete sein erstes Buch (über 700 Verse) in eleganter  
Ausstattung, „mit Wismutstein geblättert und mit Purpur  
geziert“, 5 Denare = 435 Pfg.; in wohlfeiler, wie der Dichter

einem Magiarius, „dem habgierigen Räuber seiner Bücher“,  
zurück, nur 6 bis 10 Sesterzen = 1,30 bis 2,17 M. Ein  
anderes Buch desselben Dichters, „die Xenien“ (274 Verse  
unter 127 Titeln) verkaufte der Buchhändler Tryphon für  
4 Sesterzen = 87 Pfg., obgleich, wie Martialis versichert, der  
Preis von 2 Sesterzen = 44 Pfg. genügt hätte, um doch noch  
einen Gewinn zu erzielen.

Unwillkürlich drängt sich bei diesen Berechnungen die  
Frage auf, in welchem Verhältnis die Schriftsteller des  
Altertums zu den Buchhändlern standen. Die Meinungen  
hierüber sind geteilt. Auf der einen Seite behauptet man,  
daß die Schriftsteller einen realen Gewinn von ihren Werken  
gezogen hätten. Man beruft sich in dieser Beziehung auf  
den eben angeführten Satiriker Martialis, der in einem  
Gedichte erklärt, sein Buch zu schließen, weil er Geld  
brauche, und an verschiedenen andern Stellen alle diejenigen,  
welche von ihm seine Epigramme geschenkt oder geliehen  
haben wollen, anweist, sie sich beim Buchhändler zu kaufen.  
Weiterhin findet man es geradezu unbegreiflich, daß  
Martialis, der von niederer Gesinnung war und dem es seiner  
eigenen Angabe nach stets an Geld gebrach, ohne allen  
Vorbehalt hätte zusehen sollen, wie die Buchhändler mit den  
viel gefeierten und weit verbreiteten Erzeugnissen seiner  
lustigen Saturnalienpoesie gute Geschäfte machten. Dennoch  
muß man annehmen, daß die literarische Beschäftigung  
einzelne wenige Fälle vielleicht abgerechnet, im allgemeinen  
ein Einkommen nicht gewährte. Man darf nämlich nicht  
vergessen, daß jenen längst verschwundenen Jahrhunderten  
der Begriff des literarischen Eigentums vollständig fremd  
war und infolge dessen weder dem Autor noch dem Buch-  
händler irgend ein Rechtsschutz zur Seite stand, der den  
Magiarius daran hinderte, die Schöpfungen hervorragender  
und beliebter Schriftsteller nach Belieben zu plündern und  
für sich zu verwerten. Aus diesen mißlichen Verhältnissen  
entpfang wiederum die Armut der meisten Schriftsteller,  
insbesondere der Dichter. So kam es, daß selbst die  
glänzendsten Talente unter den Dichtern, sofern sie kein  
persönliches Vermögen besaßen, sich ganz und gar auf die  
Günst und Freigebigkeit der Reichen und Mächtigen an-  
weisen sahen; gewiß ein Fall, der, falls im Altertum eine  
unmittelbare Verwertung literarischer Produktion bestanden  
hätte, wohl schwerlich in solchem Maße und Umfang vor-  
gekommen wäre.

während kein Anrecht auf Fristverlängerung oder Preis-  
erhöhung". Bayern bestimmt z. B.:

Die Ausschreibung haben solche Unternehmer zu ge-  
wärtigen, von denen bekannt ist, daß sie in ihren Betrieben  
eine über das übliche Maß hinausgehende Arbeitszeit ein-  
geführt haben oder daß sie ihren Arbeitern Löhne zahlen,  
die unter dem Durchschnitt der in dem Gewerbebezirk üb-  
lichen Löhne erheblich zurückstehen."

Lohnlisten müssen auf Verlangen vorgelegt werden.  
Ähnlich bestimmt Württemberg, während in  
Baden und Posen eine Regelung fehlt.

1908 erging an 57 deutsche Stadtverwaltungen durch  
das Kaiserlich Statistische Amt die Anfrage, betreffend  
Regelung des Submissionswesens. Erst seit dieser Zeit  
ist das Interesse auch der Städte an dieser Frage rege  
geworden. Namentlich in Süddeutschland und  
in den Reichslanden haben die Stadtverwaltungen  
von solcher Regelung der Arbeitsverhältnisse bei Sub-  
missionen Gebrauch gemacht. Auch in Wiesbaden  
finden sich solche Bestimmungen. In der Dienst-  
anweisung für die Vergebung von Arbeiten und Liefer-  
ung vom 14. Juli 1906 finden wir die Bestimmung:

"Ausgeschlossen von der Berücksichtigung sind solche An-  
gebote, welche von Unternehmern eingereicht sind, welche für  
die richtige, pünktliche und vollständige Ausführung die er-  
forderliche Sicherheit nicht bieten oder bezüglich deren ein  
genügender Anlaß zur Annahme vorliegt, daß die in den  
Verträgen festgesetzten Löhne unter den üblichen Löhnen  
wesentlich zurückstehen."

Im Anschluß hieran besagen z. B. die allgemeinen  
Vertragsbedingungen der Bauverwaltung:

"Der Unternehmer ist verpflichtet, für sämtliche von ihm  
in Wiesbaden beschäftigte Arbeiter die z. B. des  
Submissionsvertrages in Kraft stehenden, zwischen den Lohn-  
kommissionen der Arbeiter und Unternehmern vereinbarten  
Lohn- und Arbeitsbedingungen (d. h. auch Zeiten) solange  
eingehalten, als sie nicht durch Kündigung seitens einer der  
beiden Lohnkommissionen außer Kraft gesetzt werden."

Nichtbefolgung kann Entziehung der Arbeit  
oder Lieferung nach sich ziehen, auch kann die Stadt die  
geschuldeten Löhne bei Nichterfüllung der Bedingungen  
an die Arbeiter direkt zahlen. Auch Bestim-  
mungen über die Haftung für Erfüllung der Versiche-  
rungspflichten sind getroffen, desgleichen über den  
sanitären und hygienischen Schutz der Arbeiter.  
Hiesige Arbeiter sind vorzuziehen und bei der Ar-  
beiternachfrage der hiesige Arbeitsnachweis zu be-  
nutzen. Eine Streikklausel findet sich in Wies-  
baden nicht, vielmehr ergibt die Prüfung für jeden  
einzelnen Fall die Entscheidung darüber, ob Streiks  
und Aussperrung für den Unternehmer als höhere  
Gewalt zu gelten haben und denselben von den Ver-  
zugsfolgen befreien. Sehr zweckdienlich bestimmt die  
Dienstsanweisung § 2 Nr. 7:

"Arbeiten, die sich zu jeder Jahreszeit erledigen lassen,  
sind zunächst so frühzeitig auszuführen, daß sie in der für  
das betreffende Gewerbe üblichen Zeit erledigt werden können"

Ferner Nr. 13:

"Für die Ausführung der Arbeiten oder Lieferungen  
sind ausreichend bemessene Fristen zu bewilligen unter Be-  
rücksichtigung der Lage des Marktes, der Jahreszeit und der  
Arbeitsverhältnisse."

Die richtige Befolgung dieser Bestimmungen kann  
die gleiche Wirkung wie Notstandsarbeiten  
haben und die Arbeitslosigkeit in den einzelnen Ge-  
werben vermindern. Die Regelung des Submissions-  
wesens hat, wie sich ergeben hat, weder eine nennens-  
werte Belastung der Verwaltungen herbeigeführt,  
noch eine besondere Beschwerde für den  
Unternehmer ergeben, sie bedeutet vielmehr gerade  
für das anständige Unternehmertum, das seine Arbeiter  
genügend lohnt, einen Schutz vor der unlauteren  
Konkurrenz der mit Hungerlöhnen  
arbeitenden Unternehmungen.

### Konzert.

Der Verein der Künstler und Kunstfreunde  
eröffnete mit seiner gestrigen ersten Veranstaltung zugleich  
den Reigen der dieswintlichen Konzertreisen. Das Pro-  
gramm des Vereins ist vielversprechend genug: die "säm-  
tlichen Quartette Beethovens" — sind dabei noch als be-  
sondere "April-Festspiele" vorgesehen. So wird denn an  
Kammermusik kein Mangel sein; und diesem vornehmsten  
musikalischen Kunstzweig war auch gleich der erste Abend  
geweiht. "Die Böhmen" waren zur Stelle; und dies-  
mal waren die einzelnen Mitglieder dieser ja auch namenlos  
beliebten Streichquartett-Genossenschaft — mit Namen auf-  
geführt. Nun wissen wir's: Wer leitet das Quartett mit  
wahrhaften Meisterstreichen zum Siege? Herr Karl Hoff-  
mann; wer weiß der zweiten Geige bei aller künstlerischen  
Referiertheit Geist und Eigentümlichkeit einzubringen? Herr  
Joseph Sud — selbst ein Komponist von Ruf und übrigens  
Schwiegersohn des berühmten Tonmeisters A. Dvorak; und  
wer versteht so zartfühlend und doch männlich-entschlossen  
auf der Bratsche zu singen? Herr Georg Herold; wer  
dem Cello so vollstimmigen Grundton zu entlocken? Herr  
Hans Bihan. Doch gleichviel; den einzelnen in seiner  
Leistung noch eingehender verhörten — hiesie die schönste  
Blüte dieser Kunstdarbietung grausam zerpflücken: das subtil  
abgetönte Zusammenspiel, in welchem sich Poesie und scie-  
tische Ausdrucksfähigkeit mit technischer Straffheit und un-  
verbrüchlicher Stilleinheit zu edelster Harmonie verbinden.

So durften wir uns gestern — nachdem die Künstler  
sich nur erst ein wenig "eingespielt" hatten — sofort auch  
ganz dem Genuß jedes Werkes hingeben — mit dem sicheren  
Gefühl: ja, so muß es gespielt werden. So liebevoll plau-  
dernd, bald mit Ernst und Würde, bald mit Wit und Laune  
— das reizende G-Dur-Quartett op. 54 von J. Haydn, wel-  
ches dieser Meister bekanntlich noch dem unmittelbaren  
Studium der ihm gewidmeten Mozartschen Quartette  
schrieb; neidlos anerkennend, wie viel er, der im Zenit  
seines Ruhmes stehende Altmeister von dem Genie des so-  
viel jüngeren Mozart noch zu lernen wußte: denn noch kunst-  
voller als in den früheren Haydn'schen Quartetten erscheint  
jetzt die thematische Arbeit, noch vielgestaltiger der melo-  
dische Ausdruck, noch konsequenter durchgeführt die Gleich-  
berechtigung der vier Stimmen: — so recht ein Werk nach  
dem Herzen der "Böhmen"! Doch sie widmeten auch dem  
fein und pitant gearbeiteten, lebenswürdigen G-Moll-  
Quartett von Verdi — dem einzigen, das der große Drama-

## Politische Übersicht.

### Zentrumsorgen.

1. Berlin, 14. Oktober.

Kein verständiger Beurteiler hat glauben können,  
daß der Berliner Korrespondent des "Petit Parisien"  
vom Reichskanzler oder auch nur aus seiner Umgebung  
die Nachricht erhalten habe, er, der Kanzler, habe bei  
seinem Vortrag in Hubertusstod die Zustimmung des  
Kaisers zu seinem Entschluß erhalten, eine Politik der  
freien Hand zu betreiben, sich an keine Partei  
mehr zu binden, mit keiner Partei eine bestimmte Ver-  
einbarung zu schließen, sondern sich je nach Bedarf der  
einen oder der anderen Partei zu bedienen. Es war  
ja so bequem, sich diese "Information" selber zu  
machen. Für uns in Deutschland, denen diese Dinge  
denn doch etwas näher liegen als dem Pariser Herrn,  
war, wie gesagt, mit jener Nachricht nichts enthüllt und  
nichts getan. Wenn es nicht sonst Indizien gäbe, aus  
denen sich die Politik des Reichskanzlers in einigen U-  
mrissen mutmaßen ließe, so würden wir durch die an-  
gegebliche Nachricht über den Inhalt seines Vortrags beim  
Kaiser nicht klüger geworden sein oder werden. Nun  
ist es aber doch amüsant, zu beobachten, mit welchem  
nervösen Eifer sich gewisse Zentrumsfreie auf die "In-  
formation" des Pariser Blattes werfen. Einen ganzen  
langen Leitartikel in erschütterlicher Fühlung mit  
kerikalen Führern die "Germania" an die Unterfuchung  
der künftigen Haltung des Herrn v. Bethmann-Hollweg  
wenden, und zwar eben im Anschluß an das Berliner  
Telegramm des "Petit Parisien". Das Zentrumsblatt  
verrät alle Sorgen der Seinigen, indem es die ver-  
schiedenen Möglichkeiten, die sich dem Reichskanzler er-  
öffnen, austüftelt und dabei zu dem, für das Zentrum  
genügend natürlich sehr schmeichelhaften Schluß kommt,  
daß es ohne das Zentrum nicht gehen werde. Manches  
in den Ausführungen der "Germania" mag übrigens  
für die Konservativen nicht angenehm zu hören sein.  
Das Blatt erwähnt das Gerede der konservativen Presse  
von Veröhnung und Wiederannäherung nach der  
nationalliberalen Seite hin. Aber wenn da-  
bei auch etwas herauskäme, was hätte der neue Reichs-  
kanzler davon? Eine Blokmehrheit hätte er dann  
immer noch nicht, also müßte er sich doch wieder nach  
einer anderen Partei umsehen, d. h. nach dem Zentrum.  
Nimmt man einmal an, daß sich gegen diese Ausführung  
nicht viel einwenden läßt, so muß sich die konservative  
Führerweisheit hiernach sagen, daß sie die Partei auf  
den schlechtesten Platz, nämlich auf den zwischen zwei  
Stühlen manövriert hat. Schließlich aber wird es hier  
gehen wie so oft im politischen Leben: es wird nämlich  
manches anders kommen, als die klügelnde Berechnung  
der Gegner sich und uns einreden möchte.

### Allerlei Kombinationen.

Die Schwelgsamkeit des Reichskanzlers bringt  
manche ehrenwerte Leute zur gelinden Verzweiflung.  
Sie möchten davon leben, daß der Reichskanzler spricht,  
und sie müssen nun leiden, da er nicht spricht. Wir  
meinen die gewiß ganz verdienstlichen Mittelmänner,  
die den Blättern Nachrichten bringen möchten. Sie  
haben keine, weil Herr v. Bethmann-Hollweg noch  
immer nicht verraten will, wie er seine Politik einzu-  
richten gedenkt; sie haben auch darum keine, weil die  
sonstigen Fragen, die nach dem Wiederzusammentritt  
des Reichstags selbstverständlich irgendwie ihre Be-  
antwortung werden finden müssen, gegenwärtig eben  
ruhen, und zwar nicht bloß wegen der Zurückhaltung  
des neuen Kanzlers, sondern auch weil die Auseinander-

setzungen zwischen den Parteien fürs erste nur theoretis-  
cher und unverbindlicher Natur sein können, denn die  
Fraktionen sind ja nicht beisammen, und so können  
nach keiner Richtung hin festlegende Entschlüsse gefaßt  
werden. Weil dies so ist, hat es auch keinen Zweck, die  
Frage der Präsidentenwahl in die Form einer "Nach-  
richt" oder was sich dafür aus gibt, zu pressen. Man  
kann sich freilich mit dieser Frage beschäftigen, sooft  
irgend ein Parteiblatt des Antibloks Reflektierungen  
bekundet, wonach es dann regelmäßig eine vernünftige  
Aufgabe wird, diese Verlegenheiten von Konservativen  
und Zentrum zu beleuchten, die beiderseits nicht gern  
möchten, daß das neue Präsidium einen ausge-  
sprochenen Antiblockcharakter bekomme.  
Aber, wie gesagt, "Nachrichten" gibt es auf diesem Ge-  
biet einstuweilen nicht. Es gibt keine Fühlungnahme  
des Reichskanzlers mit einer Partei oder einer Partei-  
leitung mit dem Reichskanzler. Es gibt nur Möglich-  
keiten, und da diese auch an dieser Stelle wiederholt be-  
handelt worden sind, so erübrigt es sich eigentlich, den  
lediglich kombinatorischen Charakter einer solchen ver-  
breiteten Mitteilung nachzuweisen, nach der die Frak-  
tionen das Präsidium auf Grund nicht der ziffern-  
mäßigen, sondern derjenigen Stärke besetzen sollen, die  
sie durch Zusammenfassung aller verwand-  
ten Elemente erhalten. Alsdann kämen 110 Mitglieder  
der Rechten, 105 des Zentrums, 99 der Linken heraus.  
Man sieht bereits, wie einfach die Geschichte ist: Graf  
Stolberg bleibt erster Präsident, das Zentrum stellt den  
ersten Vizepräsidenten, ein Freisinniger oder ein Natio-  
nalliberaler wird zweiter Vizepräsident. Auf solche  
Weise werden Nachrichten in Umlauf gesetzt. Solche  
weiß jemand zu erzählen, was alles der Reichskanzler  
vorhat, morgen bekommen wir genaue Angaben über  
das künftige Präsidium. Irgendwas wird natürlich ge-  
schehen, aber niemand kann bereits Bestimmtes darüber  
ausagen. Und darum sind alle diese Nachrichten wert-  
los, was bei dieser Gelegenheit einmal, ohne daß man  
sich zu ereifern braucht, festgestellt sein möge.

### Eine gewagte Herausforderung.

Die "Deutsche Tageszeitung" begeht eine orge Un-  
vorsichtigkeit. Professor Delbrück hatte, wie bekannt,  
kürzlich in den "Preussischen Jahrbüchern" von "Treuh-  
handgesellschaften und Rechtsbüros" erzählt, die einem  
schwerreichen Manne, der ein Einkommen von Hundert-  
tausenden, ja von Millionen jährlich veräußerte, hätten  
nachweisen wollen, daß er nur 20 000 M. Einnahmen  
habe. Nach der "Leipz. Volksztg." soll dieser Herr Graf  
Hendel v. Donnersmark sein, dessen Buchführung von dem  
Leipziger Professor Howard überwacht werde. Die  
"Deutsche Tageszeitung" dringt daraufhin in Professor  
Delbrück, zu sagen, wen er gemeint habe. Daß die  
genannten beiden Personen gemeint seien, glaubt das  
Blatt nicht einen Augenblick. Im Interesse beider  
Herren aber liege es, Delbrück zu zwingen, Farbe zu  
bekennen, damit er nicht wieder "mit solchen halben  
und dunklen Andeutungen hausieren gehe". Dies nun  
dünkt uns ungemein unvorsichtig, denn Professor Del-  
brück richtet nicht nach bloßem Hörensagen, sondern  
er schreibt, daß ihm der "sehr hohe Herr" das erwähnte  
Beweisangebot des Rechtsbüros erzählte. Im  
Ernst wird wohl niemand zweifeln, daß, wenn Professor  
Delbrück das sagt, es auch so ist. Wollte er reden, wollte  
er Namen nennen, so könnte er das auch, und die  
"Deutsche Tageszeitung" bekommt somit vielleicht Ge-  
legenheit, ihre Herausforderung beträchtlich zu be-  
dauern. Ubrigens glauben wir nicht einmal, daß es  
sich um den Grafen, richtiger den Fürsten, Hendel von  
Donnersmark handelt, aber das würde sich ja am Ende  
gleich bleien.

tlicher schrieb — inniges Verständnis und warmherzige Aus-  
führung; und erwiesen endlich alle Größe und Kraft des  
Eindringens und allen Glanz der Virtuosität in Beethovens  
Es-Dur-Quartett op. 127. Wie majestätisch bröhmte da der  
erste Mahnruf der Einleitung; wie tief und andächtig er-  
klang das Allegro in seiner "unendlichen Melodie" und jenes  
weibevolle, zu transzendentalen Ausdruck sich erhebende  
Adagio; und wie frisch und lebensstrotzend das mehr humor-  
voll phantastische Tonspiel der beiden letzten Stücke dieses  
Wunderwerkes! Die gesamte meisterliche Wiedergabe wurde  
von der Zuhörerschaft durch enthusiastischen Beifall ge-  
lobt.

### Aus Kunst und Leben.

\* Ewald Gerhard Seeliger: Aus eigenen Dichtungen.  
In der hiesigen literarischen Gesellschaft (Wies-  
badener Blumenorden) las gestern Ewald Gerhard  
Seeliger aus eigenen Dichtungen. Seeliger, der sich  
als Balladen-dichter bereits einen schönen Namen geschaffen  
hat und dessen dramatisch bewegte lebensvolle Art unsere  
Leser insbesondere aus der Novelle "Die vierzehn hürden-  
burgischen Rothelfer", die wir seinerzeit in unserem  
Romansekkleton zum Abdruck brachten, kennen, gestaltete  
den Abend zu einem recht anregungsreichen. Waren auch die  
beiden Eingangsballaden nicht ganz glücklich gewählt, weil  
in ihnen das lyrische Element, in dem E. G. Seeliger  
weniger eigenkräftig ist, vorherrschte, so brachten dann doch  
die folgenden nordischen Seeballaden ganz prachtvolle  
Motive wichtiger, eigenwilliger Schilderungskunst und  
echt dramatischen Temperaments. Die Elemente im Kampf,  
der heldenhafte Mensch dazwischen als unbeugbarer Sieger  
oder als heroisch gefaßter Unterlegter — das sind die Motive,  
vor denen der Autor zu seinen stärksten Wirkungen wächst.  
In schöner Steigerung sammeln sich alle diese Vorzüge in  
der Flug aufgebaute Balladentriologie "Fernando Cortez".  
Nur hier und da blieb hier, wie auch in den anderen Dich-  
tungen, das Gefühl, daß bei größerer Konzentration statt  
der oft allzu üppigen epischen Breite die Wirkungen noch  
zu vertiefen gewesen wären. E. G. Seeliger weiß trotz  
einiger Uneinheiten der Sprechtechnik seine Verse im Vor-  
trage weit stärker und sicherer zur Geltung zu bringen, als  
die meisten Autoren im Durchschnitt sonst. Und so war der  
reiche Beifall des Auditoriums ehrlich verdient. J. K.

\* Der Kampf um den Nordpol. Der Führer Bawille,  
der Cook bei seiner Besteigung des Mont MacKinley in

Alaska im Jahre 1906 begleitete, hat ein schriftliches Zeug-  
nis abgelegt und eidlich bekräftigt, wonach der höchste von  
Cook damals erreichte Punkt noch mindestens 14 Meilen  
vom Gipfel entfernt war. Cook sei überhaupt nur bis zu  
einer Höhe von 10 000 Fuß gekommen. Daville behauptet  
ferner, Cook habe ihn veranlaßt, einen Teil des Tagebuches  
der Expedition ungeschrieben, um es mit Cooks Anspruch,  
den Gipfel erreicht zu haben, in Einklang zu bringen. Die  
Photographie, die in Cooks Buch "Gipfel des Mont Mac-  
Kinley" betitelt ist, sei in einer Höhe von 7000 Fuß auf-  
genommen worden. Andere Illustrationen und Ereignisse  
seien ebenfalls nicht den Tatsachen entsprechend. Der Photo-  
graph Cooks, namens Miller, bestätigt diese Aussagen eben-  
falls unter seinem Eide. — Dr. Cook äußerte sich über die  
Aussagen Davilles sehr erstaunt und erklärte, dazu  
erst Stellung nehmen zu können, wenn er wisse, unter wel-  
chen Umständen dieses Zeugnis abgelegt worden sei. Wenn  
man eine Expedition nach MacKinley entsende, werde sie auf  
dem Gipfel die dort von ihm hinterlegten Aufzeichnungen  
finden.

### Theater und Literatur.

Die Angelegenheit der Frau Hedwig Wangel und  
ihrer plötzlichen Flucht von der Bühne ist in ein neues Sta-  
dium getreten. Sie teilte ihren Angehörigen mit, sie wolle  
sich von ihrem Gatten scheiden lassen und eine neue Ehe  
mit dem Leutnant der Heilsarmee, dem ehemaligen Photo-  
graphen Hef, eingehen. Der Vater der Wangel hat die  
Hilfe der Polizei in Anspruch genommen, um die nach dem  
Erzgebirge gereiste Tochter, wenn nötig, mit Gewalt nach  
Berlin zurückzubringen.

Im Verlag von J. Habel in Regensburg erscheint  
demnächst eine vollständige Sammlung der Briefe von  
und an Eichendorff. Sie bildet den 12. und 13. Band  
der Eichendorff-Ausgabe von Koch und Sauer. Gegen 400  
Briefe werden in dieser Sammlung vereinigt sein, wovon  
etwa die Hälfte bisher unbenutzt war.

In einem Berliner Verlag wird dieser Tage ein  
Roman in zwölf Kapiteln erscheinen, deren jedes  
von einem anderen Dichter geschrieben ist. Die  
zwei, die sich zu diesem lustigen, wenn auch nicht mehr  
ganz originellen Streich zusammenfanden, sind, wie das  
"B. Z." angibt: Babr, Bierbaum, Otto Ernst, G. H. Evers,  
Gabriele Reuter, Meyrdin, Felix Holländer, Wolzogen,  
Kalle, G. Hirschfeld, Olga Wohlbrück und H. Eulenberg.  
Das Wortwort schrieb noch Deibel v. Villencron.

### Deutsches Reich.

\* **Hof- und Personal-Nachrichten.** Dem bisherigen Ministerialdirektor Scherer ist der Kronenorden erster Klasse verliehen worden.

\* **Die Eintragung des Fürsten Bülow zur Teilnahme an den Hof-Festlichkeiten des 22. Oktober** bezieht sich auf die Konfirmationsfeier der Prinzessin Vittoria Luise.

# **Zur Frage der liberalen Einigung.** Der Verein der freisinnigen Partei in Mainz besprach in seiner geistigen Generalversammlung die Frage der Einigung des Liberalismus. Über diese Frage soll am nächsten Sonntag im hessischen Landesauschuß der freisinnigen Partei in Frankfurt a. M. entschieden werden. Die Versammlung beschloß einstimmig, entschieden für die liberale Einigung einzutreten, und beauftragte ihre Delegierten, in diesem Sinne abzustimmen. Ebenso einig war die Versammlung in der Hoffnung, daß die allgemeine Einigung auch zu einer Annäherung des demokratischen und des freisinnigen Vereins in Mainz führen würden und die Folge dieser Annäherung schließlich eine Verschmelzung der beiden Vereine herbeiführen werde.

\* **Ein sonderbares Bündnis.** Die nationalliberale Partei in der Stadt Hagen hat ein von der freisinnigen Volkspartei angebotenes Kompromiß für die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen wider alles Erwarten abgelehnt und sich mit den Christlichsozialen und dem Zentrum gegen die Freisinnigen verbündet.

\* **Das Arbeitsammergesetz,** das im letzten Tagungsabschnitt vom Reichstag nicht mehr erledigt worden ist, wird dem Reichstag erneut vorgelegt werden, und zwar werden die Abänderungen, die die 34. Reichstagskommission am Entwurf getroffen, im allgemeinen im neuen Entwurf Berücksichtigung finden.

\* **Befugnisse zum neuen Tabaksteuergesetz.** Reichschatzsekretär Wernuth hat an die Redaktion der „Süddeutschen Tabakzeitung“ in Mannheim ein Schreiben gerichtet, in dem er in Verantwortung an ihn ergangener Anfragen erklärt, daß die Art und Weise der Erhebung und Verwaltung der neuen Tabaksteuer, also die Auslegung des Gesetzes in zweifelhaften Fällen, verfassungsmäßig den Regierungen der Bundesstaaten überlassen ist. Eine einheitliche reichsgesetzliche Regelung könne also nicht stattfinden. Ferner ist dem genannten Fachblatt eine Verfügung des Reichsschatzsekretärs übermittelt worden, in welcher bestimmt wird, daß nur der Zigarettenfabrikant zur Anmeldung des Wertes zollzuschlagspflichtiger Tabakblätter und damit auch zur Vorlegung der beglaubigten Rechnung verpflichtet ist. Diese Anmeldepflicht kann jedoch der Tabakhändler in manchen Fällen dem Fabrikanten abnehmen.

\* **Zur Verwaltungsreform.** Die für den 21. Oktober d. J. in Aussicht genommene Vollziehung der Finanzkommission für die Vorbereitung der Verwaltungsreform ist auf den 12. November vertagt worden.

\* **Dompapstular und Dompfarrer Camphausen** in Köln ist im Alter von 72 Jahren gestern vormittag gestorben. Da sein Tod in einem geradezu Monat erfolgte, hat nach den Bestimmungen der Bulle Pius VII. von 1821 „De saluta animarum“ der Erzbischof von Köln das Recht, seinen Nachfolger zu ernennen; für die in ungetragenen Monaten sterbenden Dompapstulare hat der Staat das Ernennungsrecht des Nachfolgers.

\* **Ein polnischer Nationalrat für das Deutsche Reich** soll als oberste polnische Instanz ins Leben gerufen werden, um künftige Zwistigkeiten im polnischen Lager vorzubeugen. Offen wird zugegeben, daß der Straz-Berein die in ihn gesetzte Hoffnung nicht erfüllt hat. Es soll daher ein neuer Verein an seiner Stelle gegründet, vielmehr eine von allen polnischen Gruppen und Parteien anerkannte zentrale Organisation geschaffen werden, die in allen kritischen Fragen die Entscheidung haben soll. Dem Nationalrat sollen angehören: die polnischen Abgeordneten des Reichstags und des Landtags, die Vorsitzenden der polnischen Wahlvereine, sowie aller größeren polnischen und sozialen Vereinigungen, Vertreter d. r. polnischen Tages- und Fachpresse, endlich hervorragende, um das Polentum verdiente Personen, die von den übrigen Mitgliedern des Nationalrates kopiiert werden. Der Plan geht von dem Reichstagsabg. ordneten Brejßel aus und findet in radikal-polnischen Kreisen sympatische Aufnahme.

\* **Der Leipziger „Tendenzprofessor“.** Zu dem Thema des Leipziger Tendenzprofessors veröffentlicht die „Dresd. N. Nachr.“ einen offenbar auf sehr guten Informationen beruhenden Artikel, aus dem hervorgeht, daß der Vorschlag weder von dem Zentralverband der Industriellen noch von dessen Sekretär Bued ausging. Vielmehr hat sich, wie das genannte Blatt mitzuteilen weiß, im Sommer vorigen Jahres eine Vereinigung, bestehend aus Mitgliedern des Handels, der Industrie (darunter Freihändler und Schutzöllner), der Banken, der Technik und der Landwirtschaft, hervorragenden Hochschulprominenten, hervorragenden Mitgliedern des Reichstags, des preussischen Herrenhauses und des preussischen Abgeordnetenhauses verschiedener Parteien, zum Zweck der Unterstützung von Forcierungen auf dem Gebiete der gesamten Wirtschaftsgeschichte zusammengetan und unter anderem den Beschluß gefaßt, wenn möglich eine neue Professur für diesen Spezialzweig der Volkswissenschaft, und zwar möglichst in einem Industriegebiete zu ermöglichen. Am geeignetsten hielt man für diesen Zweck die Leipziger Universität, weil dann der neue Lehrstuhl zugleich in einer der größten Handelsstädte des Reiches stünde. Das Komitee wandte sich nun an den sächsischen Kultusminister mit seinem Vorschlag, indem es sich zugleich bereit erklärte, jährlich mit 30 000 M. ein derartiges volkswirtschaftliches Seminar für Wirtschaftsforschung in Leipzig zu unterstützen. Ein nach der Meinung des Komitees hierfür sehr geeigneter Professor wurde dafür in Vorschlag gebracht. Der Kultusminister hielt es für angezeigt, diesen Vorschlag der Fakultät, als der für die Entscheidung zuständigen Stelle, zu übermitteln, einmal weil diese Vereinigung aus so vielen im politischen, industriellen, kaufmännischen und technischen Leben hervorragenden Persönlichkeiten und Hochschulprominenten

bestand, dann aber in der Hauptsache deshalb, weil der Minister der Ansicht war, daß er unbedingt an der bisherigen Gepflogenheit festhalten müsse, nämlich bei jeder neuen Errichtung eines Lehrstuhls und bei jeder Berufung eines Professors zunächst die Gutachten der betreffenden Fakultät einzuholen. Wie die „Dresd. N. Nachr.“ melden, handelte es sich bei dem Vorschlag um den durch seine Forderungen auf dem Gebiete der Wirtschaftsgeschichte bekannten Professor Ehrenberg in Rostock. Die Fakultät hat dann, wie bekannt, ihrerseits einen Eingriff in ihr Wirken grundsätzlich und entschieden abgelehnt mit der Motivierung, daß davon nie und nimmer die Rede sein könne, daß besondere Gruppen auf die Zusammenziehung des akademischen Lehrkörpers etwa in ihrem Sinne einwirken könnten.

\* **Die Automobillsteuer** ist nach dem ursprünglichen Vorschlag der Reichsregierung auch noch im dritten Jahre ihres Bestehens recht beträchtlich zurückgeblieben. Die Einkünfte aus der Steuer von Erlaubnistaxen für Kraftfahrzeuge betrug nämlich im Rechnungsjahre 1908 1 876 668 Mark, 1907 1 567 270 Mark und 1906 1 189 725 Mark, dagegen der Vorschlag bei Einbringung des Gesetzesentwurfes 3 500 000 Mark, mithin betrug im letzten Jahre der Fehlbetrag noch 46,35 v. H.

\* **Von schlechten Zeiten** gibt folgende Mitteilung Berliner Blätter Kunde: Ein Stillstand in der Entwicklung Groß-Berlins ist beim Oktoberzug eingetreten. Eine nennenswerte Bevölkerungszunahme haben mit einige wesentliche Vororte aufzuweisen, doch ist auch hier der Prozentsatz in der Vermehrung der Einwohnerzahl erheblich gegen die Vorjahre zurückgeblieben. Der Zugang aus den Provinzen nach Berlin und seinen Vororten war unbedeutend; er vermag den Bevölkerungsabgang kaum zu decken. Diese auffällige Erscheinung ist jedenfalls auf die ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse zurückzuführen. Von bedeutendem Einfluß ist auch die Tatsache, daß fast die sämtlichen Reservisten nach den Aushebungsbezirken zurückgeführt sind. In den Vorjahren blieben die vom Militär entlassenen Mannschaften vielfach in den Garnisonorten, um dort irgendwelche Arbeit anzunehmen. Die Nachfrage nach den zur Entlassung gekommenen Mannschaften war aber diesmal so gering, daß in Berlin nur wenige Leute zurückblieben. — Über die Geschäftslage in Berlin wird tatsächlich allseitig bittere Klage geführt.

\* **Eine Folge der früheren Kolonialdebatten.** Vor sechs Jahren erhob der Reichstagsabgeordnete Nebel im Reichstag schwere Anklagen gegen einen Offizier der Kameruner Schutztruppe. Diese Anklage stützte sich auf Briefe, die ihm ein in Altona ansässiger junger Mann namens Müller zur Verfügung gestellt hatte. Der junge Mann war seinerzeit plötzlich verschwunden. Jetzt ist es gelungen, seinen Aufenthaltsort zu entdecken. Müller wurde in der Wohnung seiner Eltern verhaftet und nach Berlin übergeführt.

\* **Eine sensationelle Wendung in der Kieler Werftaffäre.** Eine sehr interessante Aufklärung hat der Diebstahl der Untersuchungsakten in der Kieler Werftaffäre gefunden, der seit Ende August die betreffenden Justizbehörden beschäftigt und großes Aufsehen hervorgerufen hat. Niemand anders hat, wie sich jetzt herausstellt, den Diebstahl begangen als der Hauptschuldige in der Werftaffäre, der Kieler Millionär Frankenthal; und zwar hat er die Akten im Untersuchungsgefängnis selbst während seiner Untersuchungshaft gestohlen.

\* **Der polnische Abgeordnete Stuchel vor Gericht.** Wegen des freisprechenden Urteils des Posener Schöffengerichts gegen den Abgeordneten Stuchel, welcher angeklagt war, in einer Rede in Kurlin den Lehrstand in den Ostmarken beleidigt zu haben, hatte der Staatsanwalt Verurteilung eingeleitet. In der Landgerichts-Verhandlung wurde Stuchel freigesprochen. Die Kosten wurden der Staatskasse auferlegt.

\* **Der Gneise-Wetterle-Prozess.** Wie die Straßburger Blätter melden, hat der Abgeordnete Wetterle gegen das Urteil im Gneise-Wetterle-Prozess Revision eingelegt.

\* **Der Zentralverband Süddeutscher Dorfpolizeidiener** ist die neueste Gründung auf dem Gebiete der Berufsorganisationen. Sie hat jüngst in Würzburg und Schweinfurt Versammlungen abgehalten, worin 3 M. Aufnahmegebühren und 25 Pf. Mitgliedsbeitrag pro Woche beschlossen wurde.

\* **Zahlreiche große Streiks im Auslande** hat der diesjährige Sommer gebracht. Der größte von allen seit Juni neu begonnenen Streiks ist wohl der Generalstreik in Schweden, der Anfang August begonnen wurde und zur Arbeitsruhe für zirka 285 000 Arbeiter führte. Erheblich, wenn auch nicht so umfangreich wie der schwedische Generalstreik, war der Ausstand, der am 2. Juni in den britischen Bergbaudistrikten Süd Wales und Monmouthshire begonnen wurde. In diesem einen Streik, der zur Abwehr von Lohnreduktionen unternommen wurde, waren allein 55 000 Bergarbeiter beteiligt, außerdem aber fanden noch in einer Reihe anderer Bergbaudistrikte Englands große Arbeitskämpfe statt, so daß die Zahl der im Juli feiernden Bergarbeiter in Großbritannien auf mehr als 100 000 Köpfe anstieg. Im August war die Bewegung merklich abgeklaut. Mindestens so groß, wenn nicht noch größer, als in England war Zahl und Umfang der großen Streiks in den Vereinigten Staaten von Amerika. Mit Juli fanden zwei umfangreiche Streiks im Pittsburger Industriegebiet statt; der eine betraf zirka 13 000 Weichblecharbeiter, der andere 14 000 Minenarbeiter, die zu gleicher Zeit in den Ausstand traten. Damit ist aber die Zahl der großen amerikanischen Streiks keineswegs erschöpft. Mitte August entstanden vielmehr im Schneidergewerbe New Yorks Differenzen, infolge deren 10 000 bis 15 000 Schneider in den Ausstand traten. Neben Lohn- und Arbeitszeitstreiks handelte es sich bei diesem Streik um die Abschaffung der Stichtarbeit. Am 7. September erfolgte eine Arbeitseinstellung von 5000 Arbeitern der Amerikanischen Fenster-Glas-Gesellschaft, am 22. September traten 12 000 Seeleute der amerikanischen Binnenseen in den Ausstand. Zu nennen ist dann ferner ein Streik, den 4000 Maurer am 26. und ein anderer.

den 5000 Bauarbeiter am 31. August in Paris begannen. In Mailand nahm am 30. September ein Ausstand seinen Anfang, der zirka 3000 Lastwagenkutscher umfaßte.

### Parlamentarisches.

Aus dem bayerischen Landtag. In der gestrigen Abend Sitzung begründete Günther (lib.) eine Interpellation, ob die Regierung gewillt sei, angesichts der bedenklichen politischen Konsequenzen den mit Rußland im Jahre 1885 abgeschlossenen Auslieferungsvertrag zu kündigen. Schon im Jahre 1885 waren von allen Seiten des Hauses die allerschwersten Bedenken gegen diesen Vertrag erhoben worden. Hierauf erklärte der Ministerpräsident Hr. v. Podewils: Eine Kündigung des völkerrechtlichen Vertrages, in dem keine Kündigung vorgesehen sei, könne nur erfolgen, wenn ganz wesentliche neue Umstände eingetreten seien; dies sei aber hier nicht der Fall. Auf Grund des Vertrages sei bisher nur eine einzige Auslieferung bewilligt worden, und zwar nur wegen gemeinen Mordes. Eine nicht genügend motivierte Kündigung würde bedenkliche politische und wirtschaftliche Folgen haben. Die Regierung werde den Vertrag nicht kündigen, sie werde aber dahin wirken, daß bei dem Vollzug des Vertrages wie bisher der nationalen Rechtsauffassung möglichst Rechnung getragen werde. Bei der Besprechung der Interpellation betonte der Abg. Müller-München (Soz.), daß in Bayern die Abneigung gegen diesen Vertrag eine allgemeine sei. Er stellte den formellen Antrag, die Staatsregierung solle die Kündigung des Vertrags sofort in die Wege leiten. Geiger (Zentr.) und Müller-Hof (lib.) stimmten diesem Antrag zu. Der Ministerpräsident Hr. v. Podewils erklärte wiederholt, Rußland habe seit dem Jahre 1885 nur in vier Fällen die Auslieferung verlangt, und nur in einem Falle — wegen gemeinen Mordes — sei diesem Verlangen nachgegeben worden. Bayern habe die Auslieferung in zwei Fällen verlangt und beide Male sei dieselbe zugestanden worden. Der Vertrag sei nicht ganz ohne Wert, da die verbrecherischen Elemente das Land meiden, solange er bestehe. Die Kündigung des Vertrags wäre ein Akt der Unfreundlichkeit gegen Rußland, wozu die Regierung sich nicht entschließen könne. Zur Aburteilung vor Ausnahmegerichten und administrativen Maßregelungen brauche Bayern überhaupt nicht auszuliefern. Nachdem noch Süßheim (Soz.) und Beck (freif. Bgg.) sowie Quidde (lib.) gegen den Auslieferungsvertrag gesprochen hatten, wurde der Antrag Müller-München auf Kündigung des Vertrags einstimmig angenommen.

Eine Mandatsniederlegung. Dem „Kurjer Bojanski“ wird aus sicherer Quelle gemeldet, daß der Reichstagsabgeordnete Graf Mielzynski demnach sein Mandat für den Wahlkreis Posen 2 aus Gesundheitsrücksichten niederlegen wird.

Reichstagsabgeordneter Bruhn. Nach einer parlamentarischen Korrespondenz hat Reichstagsabgeordneter Bruhn seinen Vertrauten mitgeteilt, daß er sich nicht veranlaßt sehe, sein Reichstagsmandat niederzulegen.

### Heer und Flotte.

Deutsche Offiziere in Japan. Ein Teil der zum Studium des japanischen Heeres auf zwei Jahre nach Japan geschickten deutschen Offiziere, und zwar die zuerst kommandierten, kehrt im Frühjahr nächsten Jahres nach Deutschland zurück.

Der erste deutsche Jüchtersicht in Dienst. Das Linienschiff „Westfalen“ ist nach Beendigung der Abnahmeprüfung gestern abend auf der See von Wilhelmshaven eingetroffen.

### Zur Erschießung Ferrers.

Die blutige Tat der spanischen Reaktion hält nach wie vor die Welt in Atem. Die Presse der gesamten zivilisierten Welt verurteilt — von den reaktionären Blättern abgesehen — das Verhalten der spanischen Regierung.

In diesen Blättern, wie wir in der Morgen Ausgabe schon mitteilten, kommt die Meinung zum Ausdruck, daß König Alfonso, als er die Verurteilung Ferrers absehe und den Befehl zu dessen Hinrichtung unterzeichnete, höchstwahrscheinlich sein eigenes Todesurteil unterzeichnet habe.

Die „Voss. Zig.“ möchte wissen, ob denn die diplomatischen Vertreter Spaniens im Auslande nichts getan haben, um ihre Regierung über die Stimmung des Auslandes zu unterrichten. Das Blatt fragt dann: „Wie steht es mit England? Wenn irgendein Hof, so war es der englische Hof, der in der Lage gewesen wäre, das Verbrechen zu verhindern. Die Königin von Spanien ist eine englische Prinzessin, der König von England steht in vertrauten persönlichen Beziehungen zum König Alfonso. Ein Wort zur rechten Zeit von London aus hätte sicherlich seine Wirkung nicht verfehlt. Man muß annehmen, daß es ausgeblieben ist. Mit Vergnügen und Eifer hat sich England der französischen Initiative angeschlossen, als es hier, bei Ruler Hasid diplomatischen Einspruch zu erheben gegen die den europäischen Auffassungen hohnsprechenden Bestrafungen marokkanischer Rebellen. Auch die spanische Justiz steht im schroffsten Gegensatz zur europäischen Gesittung; sie ist gleichwie die russische außer-europäisch. Der äußerste europäische Osten und der äußerste europäische Westen sind in dieser Hinsicht nicht voneinander zu trennen. Europa hat noch unendlich viel Unrat vor seiner eigenen Tür wegzufegen, ehe man ihm die moralische Berechtigung zuerkennen kann, sich als Gesamtheit zum Verächter der Menschlichkeit und Moral in anderen Weltteilen zu machen.“

Wir nennen dann, um noch eine Stichprobe aus der übergroßen Menge der vorliegenden Pressstimmen zu geben, ein englisches Blatt, den konservativen „Daily Graphic“. Er schreibt: „Nunmehr müsse man an einer moralischen Wiedergeburt Spaniens vollständig verzweifeln. In der ganzen zivilisierten Welt werde nur eine Stimme des Abseus über die Hinrichtung Ferrers herrschen. Ganz besonders müsse man aber darüber in England erröten, weil man einem solchen Volk eine englische Prinzessin gegeben habe.“ Maßvoller drücken sich andere konservative Blätter aus.

Ähnlich die Presse anderer Hauptstädte. Inzwischen mehren sich die Protestkundgebungen in aller

Serren Ländern. Es ist unmöglich, und auch ohne Interesse, all die Einzelmeldungen wiederzugeben. Auch bei uns in Deutschland, wo man sich bisher bei aller Verurteilung des Vorgehens der spanischen Justiz doch eine ruhige Auffassung bewahrt hatte, hat nunmehr, und zwar gestern in Breslau, die erste Protestversammlung stattgefunden. Eine auch von Damen zahlreich besuchte Versammlung der Freisinnigen Volkspartei, in der Fräulein Liecknewski-Berlin über „Die Frau in der Politik“ sprach, gab einstimmig der tiefen Enttäuschung über den Justizmord an Ferrer Ausdruck. — Andere Orte werden folgen. Besonders lebhaft ist jedoch nach wie vor die Erregung in den romanischen Ländern.

In den Häfen von Genua und Livorno hat der Boykott gegen spanische Waren angefangen. In Bologna fanden Protestmeetings statt. Selbst konservative italienische Blätter brüden ihre Entrüstung aus. Der Bürgermeister von Rom hat einen Aufruf erlassen, worin Rom's Trauer um die Hinrichtung Ferrer's ausgesprochen und gegen diese Tat der Barbarei Einspruch erhoben wird. Der Aufruf ist zum Zeichen der Trauer schwarz umrandet. In Rom wurde ein zwölfstündiger Streik verfügt. Da Unruhen in der Stadt befürchtet werden, setzte der Papst alle öffentlichen Audienzen bis auf weiteres aus. In Ancona wurde ein zehnstündiger, in Florenz ein fünfstündiger Streik verfügt. Außerdem beschloß der Gemeinderat von Florenz, die Erz-bischofsfrage in Ferrerstraße umzutauschen.

Von einem Massenstreik berichtet man ferner aus Triest. Dort kam es, was als Kuriosum erwähnt zu werden verdient, sogar zu einem Schülerstreik. Die Realschüler verließen die Anstalt; sie versuchten vergeblich, die Schüler anderer Anstalten zum Anschluß zu bewegen. Der allgemeine Zustand, der für einen halben Tag proklamiert war, war gestern nachmittag fast ausnahmslos durchgeführt worden. Auf Aufforderung der demonstrierenden Gruppen waren fast alle Geschäftsläden, die Gast- und Kaffeehäuser abends, und auch die Theater und Vergnügungsorte geschlossen. Ebenso kam es zu einer Kundgebung in Budapest.

Der Pariser Gemeinderat beschloß, beim Generalrat zu beantragen, einer Straße von Paris den Namen Ferrerstraße zu geben. Außerdem wurde beantragt, die beiden in Paris geborenen Entstellter Ferrer's auf Städtelohn zu erziehen. Der Abg. Rouanet wird in der Kammer eine Interpellation über die Nachenschaften der spanischen Polizei in Frankreich, speziell an der französisch-spanischen Grenze, einbringen. Die syndizierte Jugend veranstaltete Samstag in der Arbeitsbörse eine große Protestversammlung. — Die Pariser Polizei hatte gestern nachmittag in noch verstärkter Nähe Vorkehrungen zum Schutz der spanischen Botschaft getroffen, indem sie namentlich die Gartenseite des Botschaftspalais durch ein starkes Aufgebot berittener Garde besetzte. Gestern abend fanden im lateinischen Viertel Straßenkundgebungen statt. Ein Blatt will wissen, daß die Manifestanten, welche gestern Nacht die an der spanischen Kirche in der Avenue Friedland angebrachte Fahne gestohlen haben, eine in das Fahnenstück gehüllte Strohpyrre hätten verbrennen wollen, welche den König Alfons darstellen sollte.

**Die Zensur in Spanien**

wird mit äußerster Strenge gehandhabt. Keine Meldung an das Ausland über die Eindrücke der Hinrichtung Ferrer's wird durchgelassen. In San Sebastian herrscht großer Pessimismus, und man erwartet sofortige Repressalien. Reisende, welche aus Barcelona kommen, versichern, daß die Säurung im Grubengebiet immer mehr zunimmt. Man spricht bereits von Truppenzusammenziehung zur Verhütung von Unruhen.

**Ferrer's Testament.**

Wie nachträglich bekannt wird, hat Ferrer in seinem Testament mehrere 100 000 Frank an seine Freundin Villa France hinterlassen unter der Bedingung, daß sie dieses Geld zur Gründung von Schulen verwende. — Bei der Erschießung Ferrer's wurde dieser durch eine Kugel in den Hals und drei Kugeln in den Kopf getroffen.

**Ein neues Bombenattentat.**

Wie aus Barcelona gemeldet wird, platzte dort gestern eine Bombe. Menschen sind nicht zu Schaden gekommen. Die Explosion erfolgte, als die Bombe zur Polizei verbracht wurde.

Der spanische Senator Ortega äußerte sich über die Hinrichtung Ferrer's und sagte, es bereiten sich wichtige Ereignisse in Spanien vor, die durch die Hinrichtung wahrscheinlich noch beschleunigt würden. Ortega hält die Hinrichtung für einen schweren Fehler und glaubt, daß dieser Winter wichtige Dinge in Spanien reifen lassen werde. Den Ministerpräsidenten Maura schilbert der Senator als einen bestigen Mann, der sich leicht zu unüberlegten Entschlüssen hinreißen lasse: Spanien werde schwer durch die Politik Mauras zu leiden haben.

**Ausland.**

**Österreich-Ungarn.**

Im ungarischen Abgeordnetenhaus wurden die Abgeordneten Graf Batthányi und Merch, Mitglieder der sog. Bankgruppe, zu Vizepräsidenten des Hauses gewählt. Auf eine Anfrage des Abgeordneten Laza, betr. die geplanten Tarifierhöhungen der Österreichischen Staatsbahn, durch welche der ungarische Export unterbunden wird, erklärte Handelsminister Kossuth, daß er entsprechend scharfe Maßregeln vorbereite, über deren Wesen er sich vorläufig nicht äußern könne. Das Haus vertagte sich sodann bis zum 19. Oktober, während welcher Zeit die Verhandlungen zur Fusion mit Kossuth oder zur Konzentration der 67er Elemente mit Andrássy, Wefertle, Tisza und Apponyi fortgesetzt werden sollen.

**England.**

Die auf der Londoner Börse umgehenden Gerüchte von Lord Georges Rücktritt infolge einer Entzweiung mit Asquith sind gänzlich aus der Luft gegriffen. Das Oberhaus hat die zweite Lesung des Landes-futurgesetzes angenommen. Die Opposition stimmte dem Gesetze zu, stellte aber einige Abänderungsanträge in Aussicht.

**Niederlande.**

**Explosion auf einer Torpedobarfasse.**

Bei den Bergungsarbeiten von Schiffstrümmern an der Küste zwischen Waterweg und Scheveningen explodierte an Bord einer Barfasse einer Torpedobootsabteilung Sprengmaterial. Die Barfasse wurde zerstört. Sechs Personen, unter ihnen der die Arbeiten leitende Offizier, wurden getötet.

**Schweiz.**

In Bern erfolgte die Unterzeichnung der von einer internationalen Konferenz im März vereinbarten neuen Gotthard-Verträge durch die Gesandten Deutschlands und Italiens sowie einer Delegation des Bundesrats.

**Spanien.**

Gestern fand eine Vorbereitungsitzung in den Cortes statt, deren feierliche Eröffnung heute nachmittag erfolgt. Die Opposition hat bereits über 15 Interpellationen angemeldet, und stürmische Sitzungen stehen in Aussicht.

**Griechenland.**

**Der Wille zur Sparsamkeit.**

Der Finanzminister legte der Kammer ein Exposé vor, in dem von den geplanten Ersparnissen, die, wie bereits gemeldet, 10 Millionen Drachmen betragen sollen, die Rede ist. Bei jedem einzelnen Ministerium sind Absätze vorgegeben, unter den wirtschaftlichen Reformen ist besonders bemerkenswert, daß ausländische Fachleute mit der Reorganisation des Zollwesens betraut werden sollen. Verschiedene Steuererhöhungen werden in Vorschlag gebracht; andererseits wird die Herabminderung einiger Ausgaben erstrbt, die besonders für die Minderbemittelten drückend sind.

**Marokko.**

**Spanische Kriegsführung.**

Aus Tanger wird der „Post. Jtg.“ gemeldet: Nach Berichten aus Tetuan führen Ende letzter Woche zwei spanische Kriegsschiffe die Riffküste entlang und beschossen alle marokkanischen Fischerboote, ohne Rücksicht darauf, ob die In-fassen Angehörige spanienfeindlicher Stämme waren oder nicht. Es sollen im ganzen 40 Boote mit samt den Mannschaften vernichtet worden sein.

**Abeffinien.**

Im Norden ist ein Aufstand ausgebrochen. Die Stämme benutzen, namentlich in Tigre, die Spaltung an den Regierungsstellen in der Hauptstadt zu dem Versuch, ihre Unabhängigkeit zu erlangen. Der Erfolg ihres Vorgehens ist zweifelhaft, da das Gebiet ihres Vaters des Thronfolgers, des härtesten aller Ras, sie umklammert. Die Kämpfe scheinen vorläufig nur lokale Bedeutung zu haben. Die Italiener beobachten von ihrer benachbarten Kolonie aus die Vorgänge aufs aufmerksamste. Gerüchte behaupten, daß möglicherweise insgeheim von Cairo aus ein Umschlagreifen von Unruhen in Abeffinien gefördert werde. Tatsächlich soll bereits der tolle Mullah von Siden her die Grenze verlegt haben.

**Vereinigte Staaten.**

**Admiral v. Koesters Dank.**

In seinem Dankeswort für die Aufnahme, die ihm bei der Hudson-Tulst-Feier zuteil geworden, sagte Großadmiral v. Koester: Diesen großartigen Empfang, dieses freundschaftliche Entgegenkommen und die überwältigende Gastfreundschaft verdanke ich nicht zum wenigsten der Achtung und dem Ansehen, welches die Amerikaner deutscher Abstammung, meine deutschen Landsleute, in Amerika genießen. Ich bin überzeugt, daß die Feier ein wertvolles Glied in der langjährigen Kette der freundschaftlichen deutsch-amerikanischen Beziehungen bildet. Es war mir eine besondere Freude, daß ich Gelegenheit hatte, mit den Vertretern der anderen Mächte die alte Freundschaft zu erneuern und neue angenehme Beziehungen anzuknüpfen.

Die Kreuzer „Victoria Luise“, „Bremen“ und „Hertha“ sind von New York abgefahren.

Präsident Taft nahm den Verzicht Cranes auf seine Ernennung zum Gesandten in China an.

**Nicaragua.**

Nach einer Depesche aus Bluefields Nicaragua wurden die Regierungstruppen bei Greton von den Aufständischen geschlagen.

**Luftschiffe und Aeroplane.**

**Die große Fahrt des „Parseval 3“.**

wb. München, 14. Oktober. Das Luftschiff „Parseval 3“ ist um 2 Uhr 12 Min. aufgestiegen. Das Luftschiff schlug zunächst die Richtung nach der Stadt ein, wendete in der Nähe der Frauenkirche und fuhr dann in langsamer Fahrt in der Richtung gegen Augsburg weiter.

wb. Augsburg, 14. Oktober. Um 4 Uhr 45 Min. versuchte der von München zurückgekehrte „Parseval 3“ auf dem Landungsplatze Reitwiese zu landen, wurde aber von einem mächtigen Sturmwinde erfasst, der unter Gewittererscheinungen plötzlich eingesetzt hatte. Das Luftschiff wurde in der Richtung nach Friedberg-Mering abgetrieben. Es lehrte aber doch wieder zu dem Landungsplatze zurück, wo es um 5 Uhr 45 Min. glatt landete. Wenn das Wetter günstig ist, so wird „Parseval 3“ morgen früh 6 Uhr seine Rückreise nach Frankfurt über Heilbronn, wo eine Landung beabsichtigt ist, antreten.

hd. Augsburg, 15. Oktober. Der „Parseval 3“, der gestern abend, wie gemeldet, nach schwieriger Rückfahrt von München hier glatt wieder gelandet ist, wird heute bei seiner Weiterfahrt zunächst bis Cannstatt bei Stuttgart fahren, wohin die Fahrtwarte von Gersthofer bereits 60 Bomben Wasserstoffgas vorausgeschickt haben.

**Die Pariser Flugwoche.**

wb. Zuvish (Port Aviation), 14. Oktober. Präsident Fallières und mehrere Minister wohnten dem Fluge Paulhans um den Entfernungspreis bei. Paulhan erhob sich sofort zu einer Höhe von 150 Meter und legte drei

Runden zurück; er flog sodann über den Flugplatz 6 Kilometer landeinwärts hinaus und erreichte den Flugplatz genau an der Stelle wieder, wo er ihn verlassen hatte. Er landete aus einer Höhe von 80 Meter glatt vor der Präsidentenloge. Der Präsident beglückwünschte Paulhan unter den begeisterten Kundgebungen der Menge.

**Der Renner'sche Lenkballon.**

hd. Wien, 15. Oktober. Kaiser Franz Joseph wird dem ersten Aufstieg der Grazer Luftschiffer Gebrüder Renner mit ihrem Lenkballon am Samstag auf dem Wiener Trabrennplatz beiwohnen.

wb. Frankfurt a. M., 14. Oktober. Einem Pariser Telegramm der Zeitschrift „Flugport“ zufolge hat Wright im Grand Palais, wo gegenwärtig eine Luftschiffausstellung stattfindet, sämtliche ausgeflickten Flugapparate mit Flächenverkrümmungen gerichtlich mit Beschlagnahme belegt lassen.

hd. Berlin, 14. Oktober. Der „Parseval 2“ wurde heute vormittag auf dem Bahnwege nach Köln geschickt. Dorthin werden sich am Montag auch 82 Mann von der 3. Kompagnie des Luftschifferbataillons begeben, die bei den Probeflügen als Bedienungsmannschaft Verwendung finden sollen.

**Aus Stadt und Land.**

**Wiesbadener Nachrichten.**

Wiesbaden, 15. Oktober.

**Städtische Lieferungen durch Stadtverordnete.**

Zu den anscheinend unlöslichen Fragen gehört die über den Ausschluß der Stadtverordneten von städtischen Arbeiten und Lieferungen. Daß sie immer wieder aufsteht, beweist ihre Daseinsberechtigung; daß sie immer wieder ad acta gelegt oder mit einer Resolution „gelöst“ wird, deutet ihre Schwierigkeit an. Die theoretische Begründung der Forderung liegt sich freilich sehr leicht. Man geht von der Ansicht aus, daß der Stadtverordnete vermöge seiner Stellung von allen Vorgängen und Vorhaben innerhalb der Verwaltung eher und besser Kenntnis erlangt als die Konkurrenz, so daß er dieser gegenüber auch etwas voraus hat, das sie nicht einholen kann. Kommt noch hinzu, daß er im Einvernehmen mit Beamten der Stadt handelt, so wird die Konkurrenz so gut wie machtlos. Sie erhält, was er ihr zukommen läßt, oder wird ganz ausgeschaltet. Städtische Beamte haben ein Interesse daran, mit den Stadtverordneten, namentlich den für ihr Gebiet in Betracht kommenden, auf gutem Fuß zu stehen, und so sind sie ihnen zunächst gefällig. Aus diesem Verhältnis entwickelt sich nicht selten ein gegenseitiger engerer Verkehr und dann ist die Versuchung für beide Teile da.

Die Richtigkeit dieses Gedankenganges dürfte niemand anzweifeln. Bei dem Versuch seiner Umsetzung in die Praxis beginnt aber sofort das Problematische. Vor allem sind an der Frage die Bauhandwerker beteiligt. Hier handelt es sich um Summen, die wirklich zur Versuchung führen können. Ein Stadtparlament ohne fachverständige Mitglieder ist aber nicht denkbar. Dem wenn irgendwo, so bedarf das städtische Bauamt sowohl in seinen Projekten wie in den Ausführungsarbeiten der sachgemäßen Kontrolle durch die sog. Baudeputation, die sich naturgemäß vornehmlich aus Bauleuten zusammensetzt. Bestände der Ausschluß der Stadtverordneten zu Recht, so dürfte sich kein Bauhandwerker für ein Mandat hergeben. Zu den Zeitverlusten, die sich ein Mandat ohnehin schon mit sich bringt, käme noch ein direktes finanzielles Opfer, das so leicht niemand tragen wird. Daher begegnen wir vielfach solchen Fällen, wo der Ausschluß wieder aufgehoben wurde. Es soll allerdings nicht in Abrede gestellt werden, daß es auch Gemeinden gibt, die den Ausschluß mit bestem Erfolg durchgeführt haben. Dort ist man in der Lage, Bauhandwerker im Stadtparlament zu haben, die ihren Beruf nicht mehr aktiv ausüben. Solche Fälle lassen sich aber schwer verallgemeinern.

Etwas muß aber geschehen, denn in nicht wenigen Gerichtsverhandlungen ist man auf recht häßliche Korruptionenbilder gestoßen. Nach Lage der Sache wird man aber nur Unvollkommenes erreichen können. Man wird sich darauf beschränken, einmal die ganze Frage als eine Sache des Taktgefühls aufzufassen, und zum andern nur solche Persönlichkeiten aufzustellen, die in der Richtung eine sichere Gewähr bieten. Dann wird man die Kontrolle der Effektivität wirken lassen müssen, der man folgende Forderung als Basis unterlegt: Stadtverordnete dürfen aus Informationen, die sie in Ausübung ihres Mandats erhalten, keinen persönlichen Vorteil ziehen!

Diese Frage wird noch brennender, wenn man nicht städtische Lieferungen, sondern die Spekulation mit städtischem Grund und Boden ins Auge faßt. Hier gelten alle eingangs angeführten Bedenken in doppelt und dreifach verstärkter Maße; hier ist es aber auch um so schwieriger, unläuterer Elemente in Stadtverordnetenkollegien beizukommen. Wird bei lichtschönen Fällen ohnehin schon mit Strohmännern gearbeitet, so ist das bei Bodenpekulationen erst recht der Fall. Mit unbedingter Rücksichtslosigkeit und in breiter Öffentlichkeit sollte man daher alle Fälle behandeln, die nach dieser Richtung hin aufgedeckt werden. P. S.

— Kurgäste. Es sind hier eingetroffen: Kaiserliche, Deutsche, Konful Edelstein aus Bradford und Generaloberst z. D. Knobbe aus Riederlauts im „Hotel Nassau“ und Hotel Cecile“. Generalleutnant v. Ergerern im „Hotel und Badhaus Colnischer Hof“.

— Todesfälle. Gestern starb ganz plötzlich das Mitglied des Königl. Theaterorchesters Herr Heinrich Michel im höheren Alter. Der Dahingeshiedene bekleidete seine Stelle seit Jahrzehnten und war in allen Kreisen, in denen er verkehrte, infolge seines liebenswürdig-bescheidenen Wesens geachtet und beliebt. — Heute vormittag verstarb im 56. Lebensjahr der in der Alwinenstraße 10 wohnhafte Konful Hermann Aschhoff.

— Elektrische Schnellbahn Frankfurt-Wiesbaden. Der preußische Eisenbahnminister hat die prinzipielle Genehmigung zum Bau einer elektrischen Schnellbahn von Frankfurt a. M. nach Wiesbaden erteilt. Diese Stellungnahme

des Eisenbahnministers zugunsten des Projekts, das zweifellos im Laufe der Zeit der Eisenbahn auf der Strecke Frankfurt-Wiesbaden einen sehr erheblichen Einnahmeausfall bringen wird, beweist, daß sich die Verwaltung bei Beurteilung der Frage von allen engherzigen Gesichtspunkten, die man gerade der Eisenbahnverwaltung allzu leicht vorwerfen geneigt ist, freigemacht und lediglich das Interesse der beiden Städte und die bessere Auslastung des Verkehrs zwischen ihnen im Auge gehabt hat. Die Einzelheiten, welche für die endgültige Erteilung der Konzession notwendig sind, werden nun sobald als möglich beschafft werden. Die Eisenbahnverwaltung wird an die zu erbauende elektrische Vollbahn dieselben Anforderungen stellen müssen, welche das Gesetz für alle anderen Eisenbahnen im Gebiet des preussischen Staats vorschreibt. Da die Eisenbahnverwaltung im Prinzip nunmehr zugestimmt hat, sollte man denken, daß die wichtige Angelegenheit sehr schnell vorwärtsgehen könnte. Doch sind gegenwärtig noch umfangreiche Verhandlungen der Unternehmerin mit beiden Städten im Gange. Der Frankfurter Oberbürgermeister glaubt, versprechen zu können, daß die Stadt geneigt sein wird, alle Kosten zu tragen, die für den Bau der Schnellbahn als Untergrundbahn vom Opernplatz, bezw. Bahnhofspfad in Frankfurt bis zur Stadtgrenze in der Nähe Sossenheims (es handelt sich um die Stadtgrenze ab 1. April 1910) entstehen. Das sind eine Reihe von Millionen. Außerdem werde die Stadt voraussichtlich nicht abgeneigt sein, sich finanziell an dem ganzen Unternehmen, das in Form einer Aktiengesellschaft zustande kommen dürfte, zu beteiligen. Anders, und, wie verlautet, weit ungünstiger liegen die Verhältnisse hier in Wiesbaden. Wie schon früher mitgeteilt, wünscht die hiesige Stadtverwaltung ebenfalls eine Einführung der Bahn als Untergrundbahn in die Stadt, während die Unternehmerin die Absicht hat, die Bahn in der Nähe des Hauptbahnhofes als oberirdische Strecke endigen zu lassen. Dazu kommt noch, daß die Stadt Wiesbaden nicht geneigt ist, die Kosten für den Bau der Untergrundbahn innerhalb der Stadt zu übernehmen, sondern erwartet, daß sie von der Unternehmerin getragen werden. Die Sachlage ist heute so, daß die Unternehmerin die Kosten für eine Untergrundbahn in Wiesbaden, die sich auf einige Millionen Mark belaufen werden, nicht übernehmen kann. Entweder muß sie also die dortige Stadtverwaltung tragen, oder aber sie muß sich mit der oberirdischen Heranführung der Bahn bis in die Nähe des Hauptbahnhofes zufrieden geben.

**Zum Eisenbahn-Stückgutverkehr.** Es ist bekannt, daß ein großer Teil der Unregelmäßigkeiten im Stückgutverkehr auf eine unpassende Bezeichnung der Güter durch die Versender zurückzuführen ist. Die Eisenbahnverwaltungen legen daher in ihrem Bestreben, die Unregelmäßigkeiten auf ein möglichst geringes Maß herabzudrücken, großen Wert auf eine deutliche, dauerhafte und in ihren Angaben möglichst vollkommene Bezeichnung der Stückgüter. Ein großer Teil der als Verlust geraten gemeldeten Güter lagert, von den zugehörigen Papieren getrennt, an anderer Stelle überzählig, ohne daß ihre Zugehörigkeit festgestellt werden kann, weil die eisenbahnseitige Signierung sich abgelebt hat, die Angaben des Versenders auf dem Frachtstück aber so unvollkommen sind, daß auf Grund dieser Bezeichnung das Gut nicht auf seinen richtigen Weg gebracht und seinem Bestimmungsort zugeführt werden kann. Die Eisenbahnverwaltung läßt seit einigen Jahren Vellene- und Anhängesettel nach bekanntem Muster drucken. Die Zettel und Anhänger für Frachtstückgut zeigen schwarzen Druck mit schwarzer Umrandung, die für Öl- und Expresgut roten Druck mit roter Umrandung. Die Zettel für Expresgut tragen außerdem den Aufdruck „Expresgut“. Diese Drucksachen sind zu niedrig bemessenen Preis und die Zettel und Anhänger auch mit Firmendruck geliefert, wenn der Versender nicht vorzieht, sich die Zettel in gleicher Anordnung von einer Privatdruckerei herstellen zu lassen. Die Abfertigungsstellen haben Aufträge, die Versender auf diese zweckmäßige Bezeichnung der Stückgüter hinzuweisen. Der Erfolg ist jedoch noch kein durchgreifender, trotzdem den Abfertigungsleitern empfohlen wurde, durch persönliches Vorgehen mit den regelmäßigen Versendern auf die für beide Parteien mit Vorteil verbundene Bezeichnung nach eisenbahnseitigem Muster hinzuwirken. Die größten Firmen haben zwar meist dem Erzwungenen entsprechen, die große Mehrzahl der regelmäßigen Versandfirmen verwendet aber noch wie vor ein beliebiges, fast immer unvollständiges Druckmuster. Für die leichte Übersichtlichkeit und richtige Verladung hat ein gleichartiges Muster, das in gleicher Form und in gleicher Textanordnung alle erforderlichen Angaben enthält, bedeutende Vorzüge.

**Schulsachen.** Nach dem Verteilungsplan des Bedarfs der Alterszulagekasse für die Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen des Regierungsbezirks Wiesbaden für das Rechnungsjahr 1909 sind in Nassau zurzeit 2535 Lehrerstellen und 495 Lehrerinnenstellen vorhanden. Für die 2535 Lehrer- und 495 Lehrerinnenstellen werden von den Gemeinden und dem Staat zusammen 2 096 445 M. gezahlt. Der Beitragsjah zur Alterszulagekasse beträgt für jede Lehrerstelle rund 827 M., für jede Lehrerinnenstelle rund 252 M. Durch das neue Lehrerbefoldungsgesetz erhalten Wiesbaden, welches 138 Lehrer- und 55 Lehrerinnenstellen hat, und Frankfurt mit 569 Lehrer- und 220 Lehrerinnenstellen überhaupt keine Zuschüsse mehr. Diebstich, Höchst und Griesheim erhalten nur für 35 Schulstellen die staatlichen Alterszulagezuschüsse. Im ganzen sind im Regierungsbezirk Wiesbaden für 760 Lehrerstellen und 292 Lehrerinnenstellen die Beiträge entzogen worden. Für die 1775 übrigen Lehrerstellen betragen die staatlichen Beiträge 598 175 M., für 203 Lehrerinnenstellen 32 074 M. Außerdem werden in Schulverbänden mit nicht mehr als sieben Stellen weitere staatliche Alterszulagezuschüsse gezahlt, und zwar für 1335 Lehrerstellen noch 189 255 M. und für 99 Lehrerinnenstellen noch 6930 M. Der Gesamtaufschlag des Staats beträgt sonach für die Lehrerstellen 778 400 M., für die Lehrerinnenstellen 39 004 M., zusammen 817 404 M. Die Schulverbände haben noch aufzubringen für die Lehrerstellen 1 318 045 M., für die Lehrerinnenstellen 85 736 M., insgesamt also 1 403 781 M. Davon zahlt Frankfurt, das keine Zuschüsse mehr erhält, 526 003 M. und Wiesbaden 127 986 M., beide zusammen also 653 989 M., während die übrigen 16 Landkreise des Regierungsbezirks Wiesbaden zu-

ammen nur 749 792 M. zu zahlen haben. Das neue Lehrerbefoldungsgesetz ist sonach tatsächlich nur ein Schulentlastungsgesetz für das platte Land, während es für die großen Städte eine ungeheure Mehrbelastung herbeigeführt. Trotz dieser großen Mehrbelastung sind diese Städte gezwungen, in ihrem eigenen, wohlverstandenen Interesse durch Gewährung von Ortszulagen neue Opfer bringen zu müssen, damit ihr Volksschulwesen auf der Höhe bleibt, die es gegenwärtig innehat.

**Kaufmännisches Unterrichtswesen.** Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband besitzt ein über ganz Deutschland ausgebreitetes Netz von Unterrichtskursen, das von der Zentrale des Verbands aus gefördert und überwacht wird. Verschiedene Ortsgruppen des Verbands haben eigene, staatlich genehmigte und unter Aufsicht des betreffenden Regierungspräsidenten stehende Fachschulen. Durch Wanderkurse, die von bewährten Lehrkräften geleitet werden, versucht der Verband, erfahrene Handlungsgehilfen zu Lehrern auszubilden, damit diese dann selbst ihren Kollegen in jenen Fächern, in denen ihre berufliche Tätigkeit ihnen eine völlige Durchbildung gewährt hat, den Unterricht erteilen können. Im vergangenen Jahre wurden in den Ortsgruppen des Verbandes 694 Unterrichtskurse mit 8427 Teilnehmern abgehalten. Die Lehrlingsabteilungen veranfaßten 200 Kurse mit mehr als 2000 Teilnehmern. Der Unterricht wurde von 450 Lehrern erteilt. In den Fremdsprachen unterrichteten hauptsächlich Berufslehrer, in allen übrigen Fächern dagegen mit geringen Ausnahmen Mitglieder des Verbandes. Die Lehrfächer waren, in der Reihenfolge nach der Anzahl ihrer Kurse angeführt, folgende: Buchführung, Kurzschrift, Fremdsprachen, Rechtskunde, kaufmännisches Rechnen, Lad- und Rundschrift, kaufmännischer Briefwechsel, Esperanto, Maschinen- und Schönschreiben. Der Verband hat somit durch die Ausdehnung seines Unterrichtswesens über das ganze Reich in einem Jahre für rund 10 000 Handlungsgehilfen und Lehrlinge die Vermittlung kaufmännischer Kenntnisse übernommen.

**Mitteldeutscher Arbeitsnachweisverband.** Im 1. Ausbildungskursus für Verwalter und Leiter von öffentlichen Arbeitsnachweisen zu Frankfurt a. M. erstattete Direktor Dr. Busch das Referat über Arbeitsmarkt und Arbeitsmarktberichterstattung nach folgenden Dispositionen: 1. Es ist notwendig, daß sich die Verwalter und Leiter von öffentlichen Arbeitsnachweisen über die Marktlage dauernd unterrichten. 2. Als Kriterien für die Beurteilung der Bewegung auf dem Arbeitsmarkte sind unter anderen anzusehen die Zahlen über die Vermittlungstätigkeit der Arbeitsnachweise, über die Mitgliederzahl der Krankenkassen, über die Wanderbewegungen auf Grund der polizeilichen An- und Abmeldungen. Es gibt ferner eine Reihe von Bewegungen im Wirtschaftsleben, welche leicht zur Beobachtung herangezogen werden können, wie beispielsweise die Bewegungen auf dem Wohnungsmarkt. 3. Die Berichterstattung der Mitglieder des Mitteldeutschen Arbeitsnachweisverbandes durch Vermittlung des Statistischen Amtes der Stadt Frankfurt a. M. an das Kaiserliche Statistische Amt und an die Geschäftsstelle des Mitteldeutschen Arbeitsnachweisverbandes. Die Verwertung der Materialien im „Reichs-Arbeitsblatt“ und im „Arbeitsmarkt“. 4. Die Verwertung der statistischen Ergebnisse für gesetzgeberische, staatliche und kommunalpolitische Maßnahmen.

**Flugtechnischer Verein.** Eine Notiz im „Tagblatt“ lud gestern Freunde des Flugsports zu einem Vortrag im „Flugtechnischen Verein“ ein. Wir haben festgestellt, daß es sich hierbei um eine Vereinigung sehr jugendlicher Leute handelt. Insgesamt sieben „Mann“ stark hatten sie sich in dem Versammlungstokal eingefunden, und außerdem waren drei ältere Herren als Gäste erschienen. Es ist recht schön, wenn unsere Jugend für jeden wahren technischen Fortschritt sich begeistert. Diese ehrliche Empfindung wäre ein Kulturgewinn, aber die Arbeit daran soll sie jenen Leuten überlassen, die Erfahrung, Wissen und praktische Lebensflugsheit zu den beruflichen Trägern der neuen Ideen machen. Junge Leute, von denen der älteste kaum 20 Jahre zählt, dürften hierzu kaum die geeigneten Persönlichkeiten sein.

**Zur Bierpreiserhöhung.** In Dieblich ist zwischen dem Gewerkschaftskartell, der Tannusbrauerei C. Wuth, G. m. b. H., und dem Brauereiarbeiterverband Mainz-Wiesbaden eine Vereinbarung wegen der Bierpreisfrage zustande gekommen. Die Tannusbrauerei C. Wuth hat sich verpflichtet, bis zum 1. April 1910 keine Entlassungen von Arbeitern oder Feierschichten wegen Konsumrückgangs vorzunehmen. Die Vertreter der Arbeiterschaft erklären die von den Wirten festgesetzten Bierpreise von 11 Pf. für 0,3 und 13 Pf. für 0,4 Liter als der Brausteuererhöhung entsprechend anzuerkennen, und dafür Sorge zu tragen, daß der Beschluß wegen Bierenthaltung der Konsumenten aufgehoben wird.

In Dillenburg ist die Bierfrage ebenfalls gelöst. Die Wirte führen meist nur zwei Sorten Gläser, 0,25 und 0,5 Liter, von denen ersteres 10 Pf. und letzteres 15 Pf. kostet.

**Desinfektion der Fernsprechapparate durch die Post.** Die Reichspostverwaltung wendet, was nur mit Freuden zu begrüßen ist, jetzt der Desinfektion der Fernsprecher und Mikrophone größte Aufmerksamkeit zu. Den Verkehrsämtern ist eine Anweisung wegen der Desinfektion ergangen. Bei den Vermittlungsstellen und öffentlichen Sprechstellen sind täglich die Schalltrichter der Fernsprecher und der Mikrophone zu reinigen. Es soll dabei Fließpapier, und der Mikrophone oder Schwämmchen verwendet und der ein Pustlappen oder Schwämmchen verwendete und der Apparat mit einer drei- bis fünfprozentigen Kohlysoformlösung gereinigt werden. Ebenso sind die Fernsprechapparate, also die Mikrophone und Fernhörer, die aus dem Betrieb zurückgezogen werden, womöglich sofort nach der Abnahme gründlich zu reinigen und zu desinfizieren.

**Die freigebige Lebensversicherungs-Gesellschaft** ist sonst eine seltene Erscheinung. Sie pflegt nicht mehr, als was ihr durch Vertrag geboten ist, zu tun, und damit muß sich der Versicherte zufriedengeben. Es darf daher als Zeichen eines guten Herzens betrachtet werden, wenn eine Gesellschaft dem Versicherungsnehmer freiwillig mitteilt, daß sie ihm das auf den Todesfall versicherte Kapital schon bei Lebzeiten auszahlen will. Freilich, ein Tropfen Vermut fließt in den Freudenbecher. „Wir haben Ihre Versicherung darauf vervollständigt, daß das Kapital nicht, wie früher, nach dem Tode, sondern spätestens nach vollendetem 95. Lebensjahr gezahlt wird, falls es nicht durch den Tod

schon früher fällig wird!“ ... Von 2 Millionen Einwohnern erreichten laut Volkszählung vom 1. Dezember 1905 nur 20 das 95. Lebensjahr. Da kann die Versicherungsgesellschaft getrost in der Gebeluna bleiben.

**„Verstädtlichung“ — nicht „Verstadtlichung“.** In der „Cöln. Ztg.“ rennt jemand gegen das Wort „Verstadtlichung“ an und schlägt vor, statt seiner „Verstädtlichung“ zu gebrauchen. Die Bildung des Wortes müsse nicht von „Stadt“, sondern von „städtlich“ abgeleitet werden, wie „Verstaatlichung“ und „verstaatlichen“ nicht auf „Staat“, sondern „staatlich“ zurückzuführen seien. Was durchaus zutrifft! Demgemäß klingt „Verstädtlichung“, wenn man das Wort erst ein paarmal gesprochen, gehört oder gelesen hat, weit weniger fremd als das Ungeheuer „Verstadtlichung“, das niemand ohne ein Gefühl des Unbehagens über Junge oder Feder geht.

**Unrechtes im sogenannten Tierschutz.** Was nennt sich nicht alles „Tierschutz“? Leute, die nur ihre eigenen Tiere verhätscheln, aber des Nachbarn Hund oder Katze verfolgen; Sportsfreunde, die nur gewiffen Roffizieren Aufmerksamkeit schenken und selbst diese mit kaltem Blut hergeben, umtauschen oder töten können; eitle oberflächliche Naturen, die ein Tier nur, solange es jung und hübsch ist, gern haben und es gerade dann, wenn es krank oder alt am meisten der Hilfe bedarf, mit Fußritten vor die Tür setzen. Diese alle glauben, große Tierschützer zu sein, und sind doch keine. Der wahre Tierschützer denkt, fühlt und handelt möglichst alseitig gerecht, er ist kein Tiernarr, will aber die Lebenslage der Tiere heben, die ja doch in Tausenden von Fällen noch so jämmerlich elend ist.

**Ein peinliche Verzögerung eines Leichentransportes** ereignete sich vorgestern abend in einer Straße des westlichen Stadtteils. Der Leichenwagen war bestellt worden, bei seinem Eintreffen aber ergab sich, daß noch kein Sarg vorhanden gewesen. Erst nach etwa einer Stunde, während welcher eiligst ein Sarg herbeigeht wurde, konnte der Leichenwagen fortfahren.

**Verkehrshindernis.** Gestern abend gegen 7 Uhr war der Verkehr nach Dohheim auf etwa 1/2 Stunde unterbrochen. Die Ursache war ein schwerbeladener Wagen, der die Geleise in der Bleichstraße, in der Nähe der Hellmündstraße, versperrte. Beim Wenden war ein Hinterrad gebrochen und der Wagen samt der Ladung über die Schienen gefallen. Erst nach erfolgter Umladung und Beseitigung des Hindernisses konnte der Verkehr wieder aufgenommen werden.

**Ein Kautionschwindler** hat in der letzten Zeit hier in Wiesbaden operiert, leider nicht ohne Erfolg. Ein allzu vertrauensvoller junger Mann hat bei dieser Gelegenheit 250 M. eingebüßt. Der Schwindler hatte sich am Komertor ein Zimmer und in der Dranienstraße einen Laden gemietet, um dort angeblich ein Waffengeschäft einzurichten. Die Mietverträge unterzeichnete er mit dem Namen Karl Löwenstein aus Jella. In einem Inserat suchte er sodann einen zuverlässigen jungen Mann mit guten Zeugnissen. Diese Anzeige hat den gewünschten Erfolg gehabt, denn verschiedene junge Leute haben sich hierauf gemeldet und viele erklärten sich bereit, eine Kaution zu stellen. Wertwürdigerweise, vielleicht aus beargwünhter Vorsicht, hat er wie bis jetzt bekannt ist, nur einen der Bewerber um die schon eingangs erwähnten 250 M. gepreßt. Der Schwindler ist ca. 26 bis 28 Jahre alt, von schlanker Statur, hat dunkelblondes gelichliches Haar, einen Anflug von kleinem dunklen Schnurrbart, sieht kränklich aus und spricht etwas schäffler Dialekt.

**Ein Hochkappler,** der sich durch seines Auftretens Zutrauen zu erwerben verstand und sich für den Sohn reicher Leute ausgab, hat eine Anzahl hiesiger Personen in frecher Weise betrogen. Er pumpte sie zum Teil mit hohen Geldbeträgen an, und um die Sache zugünstiger zu machen, stagierte er größere Warenbestellungen im Namen seines Vaters. Natürlich waren alle Angaben erdichtet und die Geprüften sehen dem Veträger nun nach. Der Kriminalpolizei wurde eine Photographie desselben, die einer der Betrogenen zufällig von ihm erhalten, übergeben und mit deren Hilfe hofft man den sauberen Burschen, der inzwischen von der Bildfläche verschwunden ist, doch noch zu fassen.

**Zu dem Selbstmord einer Büffetdame,** von dem wir kurz berichtet haben, wird uns noch folgendes mitgeteilt: Die Unglückliche ist Fräulein Rosa A. aus Ahmannsdorf, die Tochter eines Photographen. Sie war in einem bekannten hiesigen Vergnügungs-Etablissement, dann aber auch kurze Zeit in einem Hotel an der Nikolastraße tätig. In dem ersteren trat sie vor Jahren schon zu dem Gerichtsassessor S. in nähere Beziehungen, die, wie sie annahm, zur Ehe führen sollten. Kürzlich nun wurde S. als Amtsrichter nach Kiel versetzt, und als Fräulein A. ihm dorthin nachreiste, aber abgewiesen wurde, griff sie zu Gift und tötete sich.

**In den Selen verendet.** Das wertvolle Pferd eines in der Sonnenberger Straße wohnhaften Rentners verendete gestern abend auf dem Leberberg plötzlich infolge eines Schlaganfalls vor dem Wagen. Die Wagenmeisterei brachte das Tier von der Straße, wo es eine Anzahl Neugieriger angelockt hatte, fort.

**Kurhaus.** Zu dem morgigen Samstag, abends 8 1/2 Uhr, im Kurhaus beginnenden großen Ball mit Klaviermusik ist die Lösung einer Karte, gültig für den beliebigen häufigen Besuch des Kurhauses am ganzen Tag, also auch des Nachmittags-Konzertes, zu 2 M. erforderlich. Abonnenten erhalten auf Verlangen Vorzugskarten zu 1 M., welche mit der Abonnementskarte vorzuzeigen sind. Abonnementskarten und Besichtigungskarten zu 1 M., letztere nur zum einmaligen Besuche des Kurhauses gültig, berechtigen ab 7 1/2 Uhr abends nur zu den Leisälen und dem Musiksaal. Der Eingang zu diesen Räumen findet durch die Türe rechts am Hauptportale statt. Des Balles wegen fällt das Abendkonzert aus, während das nachmittägliche Abonnementskonzert ungeschadet dessen abgehalten wird.

**Theater, Kunst, Vorträge.**

**„Sind Judentum und Christentum Gegensätze?“** über diese Frage redete am Montagabend in der „Wartburg“ Herr R. Wagner aus Köln, der auch am vorausgehenden Sonntag im Hauptgottesdienst der Marktkirche und in einer Nachbesprechung im Vereinshaus die alte und immer neue Judenfrage und ihr gegenüber die Aufgabe der Christen im Lichte des Evangeliums geseht hatte. Unter der zahlreicheren Zuhörerschaft waren auch ein großer Teil Juden erschienen. Der Redner unterschied zunächst zwischen dem heidnischen und dem biblischen Judentum. Das heutige jüdische Judentum

### Letzte Nachrichten.

#### Zur Erschießung Ferrers.

wb. Barcelona, 15. Oktober. Ferrer ist gestern früh auf dem bürgerlichen Friedhof beerdigt worden.

#### Ein Augenzeuge der Hinrichtung.

hd. Paris, 15. Oktober. Der „Matin“ meldet aus Barcelona: Ein Kavallerie-Unteroffizier, welcher der Hinrichtung Ferrers beigewohnt hat, bestätigt, daß Ferrer aufrecht und mit unverbundenen Augen erschossen worden sei. Seine letzten Worte waren: „Kinder, Ihr könnt nichts daran ändern. Es lebe...“ Hier sank er tot zusammen. Ein hoher Beamter berichtet, daß Ferrer den Anarchisten Malatto zu seinem Testamentsvollstrecker ernannt habe. Malatto, der hiervon noch keine Kenntnis hatte, wurde von dieser Tatsache durch einen Berichterstatter des „Matin“ in Kenntnis gesetzt. Er zeigte sich keineswegs darüber überrascht, da er und Ferrer die besten Freunde waren.

#### Die Lage in Spanien.

wb. Paris, 15. Oktober. Aus San Sebastian wird berichtet, daß in Bilbao eingetroffene Reisende melden, daß unter den Bergleuten große Erregung herrsche und daß deshalb Truppen dorthin entsandt wurden, um Unruhen vorzubeugen.

hd. Barcelona, 15. Oktober. Eine zweite Bombe wurde gestern an der Ecke der Broquerie gefunden und in einen gepanzerten Wagen gebracht, wo sie, ohne Schaden anzurichten, explodierte. Wie sich herausstellt, sind die gestern explodierten Bomben ganz ungefährlich gewesen. Man erwartet für heute und die nächsten Tage weitere Bomben-Attentate.

#### Weitere Protestkundgebungen.

wb. Paris, 15. Oktober. Mehrere Blätter veranstalten für die Hinterbliebenen des bei den vorgestrigen Unruhen getöteten Schutzmanns Dufresne eine Geldsammlung.

wb. Paris, 15. Oktober. Gestern abend fanden auch in verschiedenen Provinzstädten Protestkundgebungen gegen die Hinrichtung Ferrers statt, so in Lyon und in Havre. — Der Bürgermeister von Cherbourg, der sozialistische Deputierte Mahieu, sandte das ihm kürzlich verliehene Kommandeurskreuz des Fabell-Ordens an die spanische Botschaft zurück, und erklärte in dem Begleitschreiben, er würde sich entehrt fühlen, wenn er diesen Orden noch weiter trage. In Toulon versammelten sich 200 Hafenarbeiter vor dem spanischen Konsulat, sangen die Internationale und riefen: „Nieder mit den Mördern!“ Dann drangen sie in die Kathedrale, vertrieben die Gläubigen, warfen die Bänke um und beschädigten mehrere Einrichtungsstücke. Schließlich wurden die Unruhestörer von den Gendarmen vertrieben. — Weitere erneute Kundgebungen von gestern, Donnerstag, berichtet man aus Florenz, Mailand, Triest, Rom, wo die Garnison um 4 Regimente Infanterie und Kavallerie verstärkt wurde; Wie ernst die Unruhen in Florenz waren, ergibt sich aus der Meldung, daß die Demonstranten Drähte über die Straße gezogen hatten und nun über die aus dem Sattel geworfenen Kavalleristen herfielen. Ein Gendarmenoffizier und drei Gendarmen wurden schwer, 10 leichter verletzt. Vier Pferde wurden getötet.

wb. Lyon, 15. Oktober. Gestern abend wurde vor dem spanischen Konsulat eine lärmende Kundgebung veranstaltet. Als eine Bande in ein Café eindringen wollte, machte die Polizei von der Waffe Gebrauch und trieb die Bande auseinander. Hierbei fielen einige Revolvergeschosse, mehrere Personen wurden verwundet.

#### Ein politischer Prozeß in der Nordmark.

hd. Hensburg, 15. Oktober. Redakteur Straderjahn von der „Täglichen Grenzpost“ zu Sadersleben, der den Reichstagsabgeordneten Hansen in seiner Zeitung öffentlich als Landesverräter bezeichnet hatte, wurde vom hiesigen Schöffengericht zu 500 M. Geldstrafe verurteilt.

#### Finnland und die Wehrpflicht.

wb. Helsinki, 15. Oktober. (Meldung der „Svenska Telegrambyrå“.) Der Kaiser erließ unter dem 7. Oktober ein Manifest, durch welches die Einwohner Finnlands, bis die Militärfrage durch ein Gesetz endgültig geregelt sein wird, von der Wehrpflicht befreit werden, dafür soll der finnische Staat jährlich einen gewissen Beitrag für militärische Zwecke entrichten, der für 1908/09 je 10 Millionen Mark beträgt und im Laufe des letzten Quartals des Jahres zu bezahlen ist.

#### Die große Fahrt des „Parseval 3“.

Augsburg, 15. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der Parsevalballon hat heute früh 10,40 Uhr unter dem Jubel einer großen Menschenmenge die Fahrt nach Stuttgart angetreten. In der Gondel befanden sich Oberleutnant Stelling, Hauptmann Dinglinger, ein Ballonmeister und zwei Monteure. Zur Verabschiedung hatten sich auf dem Landungsplatze eingefunden Regierungspräsident von Braun, Generalleutnant Rothmer sowie die beiden Herren Bürgermeister. Heute früh 6 Uhr war mit der Nachfüllung des Ballons begonnen worden, wobei insgesamt 300 Kubikmeter Wasserstoffgas zur Verwendung kamen. Um 10 1/2 Uhr waren die Vorbereitungen beendet. Der Ballon schlug die Richtung nach Westheim ein.

Mm, 15. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) „Parseval 3“ passierte um 12,15 Uhr die Stadt und setzte die Fahrt in der Richtung nach Stuttgart fort. Um 12,35 Uhr wurde Geislingen passiert.

Stuttgart, 15. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Um 1,25 Uhr passierte das Parsevalschiff Gspingen. Es wird um 2 Uhr in Kannstatt erwartet.

Berlin, 15. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Bei der heute vormittag 12 Uhr in der Aula der Berliner Universität stattgefundenen feierlichen Rektoratsübergabe erlitt der neugewählte Rektor Professor Dr. Erich Schmidt gegen Schluß seiner Rede über

das Thema: „Die literarische Persönlichkeit“ einen Ohnmachtsanfall, so daß die Feier abgebrochen werden mußte.

hd. Berlin, 15. Oktober. Ein Zweikampf auf Pistolen wurde in der Jungfernhöhe zwischen einem 19-jährigen Studenten der Medizin und einem älteren Apotheker früh morgens ausgefochten. Der Student, der dabei eine Verletzung am Ohrläppchen erlitt, gehört einer bekannten Berliner Familie an und forderte den Apotheker, der sich seiner Schwester vor einiger Zeit abends genähert hatte. Noch in der Nacht wurden zwei Pistolen beschafft und dann fand die Schießerei statt, die zum Glück nicht allzu tragisch verlief.

wb. Paris, 15. Oktober. Zwischen Automobilchauffeuren, die eine Kundgebung gegen die Straßensahnrordnung veranstalten wollten, und der Polizei kam es zu Zusammenstößen, wobei 80 Personen verhaftet wurden.

### Letzte Handelsnachrichten.

#### Telegraphischer Kursbericht.

(Mitgeteilt vom Bankhaus Bieffer u. Co., Langgasse 16.)  
Frankfurter Börse, 15. Oktober, mittags 12 1/2 Uhr. Kredit-Aktien 208,00, Diskontokontumandit 198,90, Dresdner Bank 160,50, Deutsche Bank 249,20, Handels-Gesellschaft 181,70, Staatsbahn 180,00, Lombarden 24,25, Balkanbank und Obis 117,80, Gelsenkirchen 215, Badener 254,20, Harpener 208,25, Laurahütte 196,30, Türkenlohe 164, Nordb. Lloyd 102,10, Dampfschiff-Amerika-Pact 131,50, 4proz. Russen 88,00, Phönix 212,50, Edison 244,40. Tendenz: fest.  
Wiener Börse, 15. Oktober. Oesterreichische Kredit-Aktien 663, Staatsbahn-Aktien 752,20, Lombarden 124, Marknoten 117,57.

### Schiffs-Nachrichten.

#### Hamburg-Amerika-Linie. Bureau der Gesellschaft Wilhelmstraße 10. F 323

Die nächsten Abfahrten von Post- und Passagierdampfern finden statt: Nach New York: 17. 10. Postdampfer „Blücher“, 21. 10. „Amerika“, 31. 10. „Präsident Grant“, 4. 11. „Kaiserin Auguste Viktoria“, 9. 11. „Pennsylvanien“, 13. 11. „Georg Waldersee“, 20. 11. „Bulgaria“, Nach Weston: 24. 10. Postdampfer „Vosnia“, 8. 11. „Berthania“, Nach Baltimore: 24. 10. Postdampfer „Vosnia“, 8. 11. „Berthania“, Nach Philadelphia: 30. 10. Postdampfer „Arcadia“, Nach New Orleans: 30. 10. Postdampfer „Goerde“, Nach Montreal: 20. 10. Postdampfer „Hilff“, Nach Westindien: 22. 10. Postdampfer „Sardinia“, 22. 10. „Caledonia“, 3. 11. „Suecia“, 5. 11. „Spreewald“, 7. 11. „Polonia“, Nach Rio de Janeiro: 18. 10. „Bavaria“, 28. 10. „Albatros“, 3. 11. „Schaumburg“, 14. 11. „Fürst Bismarck“, Nach Ostasien: 25. 10. Postdampfer „Scandia“, 30. 10. „Brasilien“, 10. 11. „Sagvia“, 20. 11. „Sambia“, Nach Madagaskar: 2. 11. Postdampfer „Largo Sam“, Arabisch-Perischer Dienst: 18. 11. Postdampfer „Chemiska“.

### Öffentlicher Wetterdienst.

#### Wettervorausagen

für den 16. Oktober:

#### der Dienststelle Frankfurt a. M.

(Meteorolog. Abteilung des Physikal. Vereins):

Trübe, Regenfälle, kühl, westliche Winde.

#### der Dienststelle Weilburg

(Landwirtschaftsschule):

Vorwiegend wolkig und vielfach neblig mit Regenfällen und milden südwestlichen Seewinden.

Genauere durch die Frankfurter und Weilburger Wetterarten (monatlich je 30 Bf.), welche am „Tagblatt-Haus“ Langgasse 27 täglich angeschlagen werden.  
Die Wettervorausagen sind außerdem in der Tagblatt-Haupt-Agentur Wilhelmstraße 6 und in der Tagblatt-Zweigstelle Bismarckring 29 tagl. ausgehängt.

### Meteorolog. Beobachtungen, Station Wiesbaden.

14. Oktober.	7 Uhr morgens	2 Uhr nachm.	9 Uhr abends.	Mittel.
Barometer auf 0° u. Normalhöhe:	754,5	753,2	757,7	754,8
Barometer a. d. Neerodspiegel:	763,8	763,3	768,0	765,0
Thermometer (Celsius):	12,4	13,8	8,1	10,8
Luftspannung (Millimeter):	10,6	11,5	7,5	9,9
Relative Feuchtigkeit (%):	99	98	91	97,0
Windrichtung:	NO. 1	still	NO. 2	—
Niederschlagshöhe (Millim.):	4,0	7,6	0,2	—
5 stündige Temperatur (Celsius):	14,4	Niedrigste Temperatur 8,1.		

#### Auf- und Untergang für Sonne (☉) und Mond (☾).

(Zurichang der Sonne durch Säden nach mittlereuropäischer Zeit.)

Oktober	im Süden	Aufgang	Untergang	Aufgang	Untergang
Uhr	Min.	Uhr	Min.	Uhr	Min.
16.	12	13 6	51 5	34 8	50 3. 6 35 2.

#### Die Abend-Ausgabe umfaßt 12 Seiten.

Verlag v. Schulz von Strahl.

Verantwortlicher Redakteur: Hr. Schulz und Cancell. H. Deckerhoff; Hr. Schulz, Cancell. und untere Zeit. A. Müller; für Wiesbadener Nachrichten: G. Röhder; für Anzeigen Nachrichten, aus der Umgebung und Vertriebsort: G. Dieckmann; für die Anzeigen und Redaktionen: G. Zornau; Druck und Verlag der S. Schellenschen Hof-Druckerei in Wiesbaden.

Judentum werde durch die modernen Zeitverhältnisse immer mehr unzulänglich gemacht; im Reformjudentum dagegen gebe das Judentum sich selbst die Hand zu fassen. Dem gegenüber wurde an einer Reihe von Beispielen gezeigt, auf welcher religiösen, geistigen und sittlichen Höhe das alttestamentliche Judentum gestanden habe, wie wünschenswert dem Christentum es sei, und wie die Grundanschauungen des biblischen Judentums im Christentum ihre höhere vollkommene Ausgestaltung gefunden hätten. Wenn das heutige Judentum (das freilich die religiöse Tiefe des alten Testaments vollkommen eingebüßt habe und von Sünde und Erlösung nichts mehr wisse) zum Geist des ursprünglichen, biblischen Judentums zurückkehren wolle, so sei der Boden der Verständigung gefunden. — Die weitergehende, von liebevollem Verständnis durchdrungene Behandlung der Frage hat ohne Zweifel auch bei den antwortenden Israeliten Vertrauen gewonnen und läßt eine erfolgreiche Fortsetzung derartiger Ausprägungen erwarten.

\* Kurhaus. Für Dienstag, den 19. Oktober, hat die Kurverwaltung Präsidenten Dorothea Kaufmann-Schwabach aus Cassel, welche bereits im Oktober vorigen Jahres durch einen Vortrag im Kurhaus über Richard Wagners „Parsifal“ den großen Beifall des Publikums und besondere Anerkennung der Presse gefunden, wiederum zu einem Vortrag, diesmal über Wagners „Tristan und Isolde“, engagiert.

\* Kammermusik-Abende. Der Königl. Kammermusikdirektor Ernst Lindner und die Königl. Kammermusiker Franz Pfeffel, Joseph Weimer und Karl Beckhaus, Mitglieder des hiesigen Königl. Theaterorchesters, als Kammermusikspieler anerkannt, veranstalten in diesem Winter vier populäre Kammermusik-Abende in der „Loge Blau“, Friedrichstraße 27. Der erste Abend findet Samstag, den 23. Oktober, unter Mitwirkung der Königl. Opernsängerin Frä. Welle Krüger und des Kapellmeisters Artur Köhler vom hiesigen Königl. Theater statt.

\* Volkstheater. (Bürgerliches Schauspielhaus.) Rainalds „Verführer“ erregt sich großer Beliebtheit und kommt auf vielfachen Wunsch heute wieder zur Aufführung. Am Samstag findet eine Extravorstellung für den Kriegerverein statt. An diesem Tage gastiert Direktor Wilhelm mit dem größten Teil seines Ensembles in Gießenheim. „Mit-Geißelberg“ ist hierzu neu einstudiert. Den Karl Heinz gibt Direktor Wilhelm, seine Gattin die Kästli. Sonntagvormittag wird Frau Direktor Wilhelm hier als „Pariser Tanzmeister“ auftreten und am Abend geben zum erstenmal die „Räuber“ in Szene. Der Kartenverkauf nach wird das Haus wie am letzten Sonntag ausverkauft.

### Aus dem Landkreis Wiesbaden.

a. Eibenheim, 15. Oktober. Unsere Gemeindevertreter gaben dem Projekt einer südlichen Umgehungsstraße ihre Zustimmung, mit der Erwartung, daß den angrenzenden Besitzern keinerlei Kosten entstehen und ihnen gestattet wird, ihre Abwässer in den anzulegenden Bachkanal einzuführen.

### Aus der Umgebung.

# Mainz, 14. Oktober. Zwischen den Forderungen der städtischen Arbeiter und der Bürgermeisterei scheint vorläufig eine Einigkeit ausgeschlossen. Aber die bereits in Nr. 476 des „Wiesbadener Tagblatt“ erwähnte Resolution, die der städtischen Verwaltung zugestellt wurde, wollte Oberbürgermeister Dr. Göttelmann mit Stillschweigen hinweggehen, denn als in der gestrigen Stadtverordnetenversammlung der sozialdemokratische Stadtrat Jech deshalb interpellierte, erklärte Dr. Göttelmann: Die Eingabe sei in solchem Ton gehalten, daß er sie habe zurückgehen lassen; Derartige könne er sich nicht bieten lassen! Ja, fragt man unwillkürlich, kommen denn die städtischen Arbeiter als Bittende, die einen in „Chrfurcht ersterbenden“ Ton anschlagen müssen? Sind es nicht vollständig berechnete Forderungen, die die Petenten stellen? Und dann, da die Eingabe an Bürgermeisterei und Stadtvorordnete gerichtet war, ist es wohl auch eine Frage, ob der Herr Bürgermeister so kurzgerath, weil ihm der Ton nicht zusagte, die Eingabe zurückgeben durfte? Die Resolution war von nahezu 500 Arbeitern gefast, die Delegierten haben nicht das Recht, die Fassung der Eingabe zu ändern; es wird nichts anderes übrig bleiben, als eine neue Versammlung einzuberufen, ob dann die Stimmung gegen das städtische Oberhaupt gefälliger Ausdruck findet, ist fraglich. Vielleicht findet in der Zwischenzeit die sozialpolitische Deputation ein Mittel, um die stürmischen Wogen zu glätten. Es wäre höchste Zeit!

### Kleine Chronik.

In den Sielen gestorben. In der vorgestrigen Nachmittags Sitzung der bürgerlichen Kollegien in Ravensburg wurde Gemeinderat Ade, Mitglied der oberbayerischen Volkspartei, plötzlich von einem Schlaganfall betroffen und war sofort tot.

Der Straßburger Bauunfall. Nach den Meldungen der Straßburger Lokalblätter ist der Bauunternehmer Kern, der den Neubau in der Ludwigshafener Straße, dessen Einsturz bereits vorgestern gemeldet wurde, ausgeführt hat, verhaftet worden.

Feuer auf der Berliner Hochbahn. Im Betriebe der Berliner Hochbahn trat Donnerstagabend gegen 11 Uhr eine Verkehrshinderung ein. Die Holzverkleidung der Leitungsschiene war zwischen den Stationen Hallesches Tor und Mädelbrücke durch Kurzschluss in Brand geraten. Das Feuer wurde durch die Feuerwehr bald gelöscht. Der Verkehr mußte auf der östlichen Strecke gänzlich eingestellt werden und wurde erst gegen Mitternacht in vollem Umfang wieder aufgenommen.

Durch ein Feuerwehr-Automobil getötet. Das Übungs-Automobil der Berliner Feuerwehr überfuhr vor dem Hause Prinzessstraße 62 eine unbekannt Frau. Diese fiel auf den Hintertopf und wurde nach einem Krankenhaus gebracht, wo ihr Tod festgestellt wurde.

Revolver und Messer bei einem Vereinsfest. In Schönebeck bei Essen brach bei einer Vereinsfestlichkeit ein schwerer Streit aus. Ein Teilnehmer wurde erschossen, ein zweiter erstochen. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen.

Opfer der Berge. Auf dem Wege zur Hohenthaalm bei Garmisch ist eine Dame namens Franziska Ruf, die sich auf einem Ausfluge befand, abgestürzt und war sofort tot. Leo Volkholz Schwester, die als Köchin im Schamordorfs-Kloster bei Kaluga lebt, wurde in ihrer Zelle von Räubern überfallen und ihrer gesamten Barschaft beraubt. Die Räuber sind entkommen.